



ÖGB-Kongress 2009:

## BUSINESS AS USUAL?

DIE BEITRÄGE DER UG-DELEGIERTEN •  
WIR BRAUCHEN EIN KONJUNKTURPAKET III •  
ARMUTSZEUGNIS MINDESTSICHERUNG

Herausgegeben von



August/September 2009

Einzelheft: 1,50 Euro, Abonnement: 15 Euro

P.b.b., Verlagspostamt 1040

02Z031242 M, Kd.-Nr: 0021012558



*Trotz strömenden Regens haben sich am 23. Juni 2009 rund 1800 Siemens-MitarbeiterInnen in der Wiener Innenstadt versammelt, um gegen geplante Entlassungen zu protestieren. Von der Oper ging es über den Ring zum Parlament.*

*„Vom Wetter lassen wir uns heute nicht aufhalten“, sagten einige Teilnehmer. Sie trugen Transparente mit sich, auf denen „Heute wir – morgen ihr“ und „Früher war sogar die Zukunft besser“ zu lesen war.*

*„Wir umarmen das Parlament“, rief Betriebsrats-Chef Ataollah Samadani seinen KollegInnen zu, die daraufhin eine Menschenkette um das Parlament bildeten.*

## UG erfreut über Ausstieg aus Ilisu-Staudammprojekt

**ÖGB muss seine Rolle in den Gremien der Österreichischen Kontrollbank neu definieren.**

Hoch erfreut zeigen sich die Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB (UG) über den Ausstieg der Österreichischen Kontrollbank aus dem Ilisu-Staudammprojekt. „Als einzige Fraktion im ÖGB, die sich stets klar gegen die Exportgarantien seitens der Österreichischen Kontrollbank für das höchst umstrittene Ilisu-Projekt ausgesprochen hat, begrüßen wir natürlich den Ausstieg Österreichs aus dem Staudambau im Südosten der Türkei. Widerstand, internationale Solidarität und breite Aufklärungskampagnen machen sich bezahlt. Den österreichischen SteuerzahlerInnen ist jedenfalls die Haftung für dieses aus vielerlei Gründen fragwürdige Projekt erspart geblieben,“ freut sich Markus Koza, UG-Vertreter im ÖGB-Bundesvorstand.

Die UG erinnert in diesem Zusammenhang an die unrühmliche Rolle des ÖGB: Während die Arbeiterkammer dem Ilisu-Staudammprojekt seit jeher skeptisch gegenüber gestanden ist und ein Ilisu-kritischer Antrag der AUG/UG in der Wiener AK-Vollversammlung eine deutliche Mehrheit gefunden hat, unterstützte der ÖGB von Anfang an die Übernahme von Exportgarantien für den Bau des Ilisu-Staudamms seitens der Österreichischen Kontrollbank. „Leider war der ÖGB für Gegenargumente, die seitens der UG vorgebracht wurden, nicht zugänglich, obwohl es längst kein Geheimnis mehr war, dass der Bau des Ilisu-Staudamms

schwerwiegende umweltpolitische Auswirkungen hätte, wertvolle Kulturgüter unwiederbringlich zerstört würden und zehntausende Menschen unter menschenrechtlich höchst fragwürdigen Bedingungen umgesiedelt würden.“ Außerdem hätte der Ilisu-Damm über die tür-

gegen den Bau des Staudamms aussprechen. „Jedenfalls sollte der Ausstieg der Kontrollbank aus dem Ilisu-Projekt auch einen Nachdenkprozess im ÖGB auslösen – nämlich, wie der Gewerkschaftsbund künftig seine Rolle in den Gremien der Kontrollbank an-



März 2007: „Die Alternative“ beschäftigt sich mit dem Ilisu-Staudamm

kischen Staatsgrenzen hinaus Folgen für die Wasserversorgung der Nachbarstaaten, in einer politisch höchst instabilen und sensiblen Region. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, dass sich nicht nur Nachbarstaaten wie der Irak, sondern auch zahlreiche Initiativen vor Ort – unter ihnen viele regionale Gewerkschaftsverbände –

legt. Schließlich verpflichtet sich auch der ÖGB zu internationaler Solidarität und zu einer nachhaltigen Entwicklung. Er kann sich dabei durchaus an der Arbeiterkammer orientieren, die für Kritik weitaus zugänglicher war und ist und diese auch in einer öffentlichen Stellungnahme zum Ausdruck gebracht hat,“ schließt Koza. ■

# DIE ALTERNATIVE

IM AUGUST/SEPTEMBER

## ÖGBKONGRESS2009

Reform: Business as usual? . . . . .	Seite 4
Chronologie: Defensiv . . . . .	Seite 6
UG-Reden . . . . .	Seite 9
Finanzen: Kurswechsel . . . . .	Seite 14
Arbeitsmarkt: Halbherzig. . . . .	Seite 18
UG-Konferenz: Scharfe Kritik . . . . .	Seite 20

## GEWERKSCHAFT & BETRIEB

Forderung: Konjunkturpaket III. . . . .	Seite 21
Mindestsicherung: Armutszeugnis . . . . .	Seite 23
Fonds Soziales Wien: Kollektivvertrag . . . . .	Seite 24
Personenkomitee „Wiener Kindergärten“. . . . .	Seite 25
November: Wahlen im Öffentlichen Dienst . . . . .	Seite 26

## MAGAZIN

Staat Markt Krise. . . . .	Seite 27
----------------------------	----------

## INTERNATIONAL

Kongo: Menschenrechtler verhaftet . . . . .	Seite 31
---	----------

## SPEZIAL MUCH

. . . . .	Seite 16
-----------	----------



EDITORIAL  
von Alfred Bastecky

## MINISTERPRÄSIDENT

*Dieses Heft der Alternative ist voll mit ÖGB-Kongress – bis zum Abwinken: Gesamteinschätzung von Markus Koza, Chronologie von Friedrich Schiller, UG-Fraktionskonferenz, Debattenbeiträge der UG-IerInnen, Konjunkturpaket III ...*

*Ich war mit einem Ausgedinge-Ticket als Gast auch dabei. Nicht durchgehend (das ist ein wichtiges Privileg der Gewerkschafts-Pensionisten), sondern selektiv – dort, wo Interessantes zu erwarten war.*

*Meine Auswahl war im Wesentlichen eine Summe von Fehleinschätzungen. Highlight bei der wie immer viel zu langen Eröffnungszeremonie war der Auftritt des ehemaligen ÖGB-Präsidenten und jetzigen Sozialministers, Rudi Hundstorfer, dem sein Nachfolger unter dem Jubel der Delegiertenmassen den Ehrentitel „Ministerpräsident“ verlieh.*

*Den Eklat über die unsensible Begrüßung der KPÖ/Linksblock-Gäste in einem Atemzug mit den Freiheitlichen hätte ich auch entbehren können.*

*Die programmierte Enttäuschung war das Hearing mit den VorstandskandidatInnen. Die gezogenen Fragen ließen den Verdacht aufkommen, alle interessanten Zuschriften seien vorsorglich entfernt worden. Allein meine drei eingesandten Fragen hätten mehr Dynamik in diese von Zeitdruck geprägte Präsentation gebracht.*

*Die Antragsdebatte hatte noch ein privates Nachspiel zu Hause. Meine Frau wollte dem Kongress nahebringen, dass Bildung nicht erst in der Schule beginnt. Sie war fuchsteufelswild, weil ihre Wortmeldung verschustert wurde...*

**IMPRESSUM Medieninhaber, Verleger:** Alternative und Grüne GewerkschafterInnen (AUGE/UG) **Herausgeber:** Unabhängige GewerkschafterInnen im ÖGB (UG/ÖGB) **Redaktion, Satz & Layout:** Alfred Bastecky (Koordination), Lisa Langbein, Klaudia Paiha, Franz Sklenar (Layout) **Alle:** 1040 Wien, Belvederegasse 10/1, Telefon: (01) 505 19 52-0, Fax: (01) 505 19 52-22, E-Mail: auge@ug-oegb.at (Abonnements), alternative@ug-oegb.at (Redaktion), internet: www.ug-oegb.at, Bankverbindung: BAWAG Kto. Nr. 00110228775 **Die „Alternative“** ist Mitglied der VAZ – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften; Kontakt: <http://vaz.mediaweb.at>. **Dass namentlich gezeichnete Beiträge** nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers entsprechen müssen, versteht sich von selbst. Titel und Zwischentitel fallen in die Verantwortung der Redaktion, Cartoons in die Freiheit der Kunst. Textnachdruck mit Quellenangabe gestattet, das Copyright der Much-Cartoons liegt beim Künstler. DVR 05 57 021. ISSN 1023-2702.

Zweieinhalb Jahre nach dem Kongress 2007 und einem  
erfolgreichen BAWAG/PSK-Verkauf später ist vom Reformeifer nicht mehr allzuviel übrig  
geblieben. Von Markus Koza.

# BUSINESS AS USUAL?

Wir erinnern uns noch an den ÖGB-Bundeskongress 2007: die BAWAG-Krise hat den ÖGB schwer erschüttert. Streikfonds, Vertrauen, Mitglieder, Glaubwürdigkeit – alles dahin. Offen traten die eklatanten – von kritischen GewerkschafterInnen schon über Jahrzehnte hinweg diagnostizierten und eigentlich auch offensichtlichen – Demokratie-, Transparenz- und Organisationsdefizite zutage.

Am Höhepunkt der Krise wurde so auch vor zweieinhalb Jahren der Reformkongress einberufen. Vieles sollte anders werden: der ÖGB versprach transparenter, demokratischer, unabhängiger und offensiver zu werden. Sich zu öffnen. Er versprach jünger, weiblicher, moderner zu werden, sämtliche Strukturen einer kritischen Analyse zu unterziehen. Kurz: er sollte attraktiver werden, vor allem für jene Beschäftigtengruppen, die bislang vernachlässigt worden waren: Frauen, atypisch Beschäftigte, Junge, höher qualifizierte, kritische etc.

Außerdem sollte kein Vorsitzender einer „überparteilichen“ Gewerkschaft, kein ÖGB-Präsident mehr für eine Partei im Nationalrat sitzen. Man wolle unabhängiger von der Parteien werden und damit auch klarstellen, dass das gewerkschaftspolitische Mandat über dem parteipolitischen stehe. Das versprach zumindest die FSG, die FCG war da weniger begeistert davon und schickte ihren GÖD-Vorsitzenden nach wir vor für die ÖVP in den Nationalrat.

## ÖGB-REFORM? BITTE WAS?

Zweieinhalb Jahre und einen erfolgreichen BAWAG/PSK-Verkauf später, der den ÖGB vor der totalen finanziellen Pleite gerettet hat, ist vom Reform-

eifer nicht mehr allzuviel übrig geblieben. Tritt die Reform des ÖGB, das Ziel, den ÖGB zur „modernsten“ Gewerkschaft der Welt zu machen, ziemlich auf der Stelle. Mit Wolfgang Katzian sitzt nun auch wieder ein sozialdemokratischer Gewerkschaftsvorsitzender für die SPÖ im Nationalrat, will sich also auch die FSG an ihre selbst auferlegte Distanz zu politischen Parteien nicht mehr erinnern.

Die ÖGB-Reform hat ein paar wenige strukturelle Veränderungen gebracht – demokratiepolitisch hat sich nichts getan. Gewerkschaftsmitglieder wählen nach wie vor nicht ihre Vorsitzenden, die politische Zusammensetzung der Gremien, werden nicht über Urabstimmungen, Mitgliederbefragungen etc. in die politische Positionierung der Gewerkschaften eingebunden. „Es ist peinlich, wie wenig Reformen wir umgesetzt haben,“ brachte es Klaudia Paiha, Bundessekretärin der Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB (UG) auf den Punkt. Lisa Langbein, UG-Vertreterin im ÖGB-Vorstand schlug in dieselbe Kerbe. Sie sollten so ziemlich die Einzigen bleiben.

## WIRTSCHAFTSKRISE ÜBERDECKT ÖGB-KRISE

Die nach wie vor schwelende Krise des ÖGB ist von der schweren Wirtschaftskrise überdeckt. Mit Rudolf Hundstorfer ist der ehemalige ÖGB-Präsident neuerdings Sozial- und Arbeitsminister. Der ÖGB ist staatstragend wie eh und je. Zur Eröffnung des ÖGB-Kongresses sprechen der Bundeskanzler, der Bundespräsident – und auch der (zu diesem Zeitpunkt noch geschäftsführende) ÖGB-Präsident. Die Tage darauf gibt es Eröffnungsstate-

ments des Wirtschaftsministers und des Sozial- und Arbeitsministers. Die Sozialpartnerschaft funktioniert wieder auf allen Ebenen, soll suggeriert werden. Der ÖGB verhandelt Kurzarbeit, ist voll in den Gesetzgebungs- und -werdungsprozess eingebunden und verhandelt Arbeitsstiftungen.

Der ÖGB verliert kein kritisches Wort zum Bankenrettungspaket, kein kritisches Wort zur staatlichen Kreditgarantie für Unternehmen. Lobt brav die Steuerreform und die Konjunkturpakete der Bundesregierung. Der ÖGB vermeint das Beste für die ArbeitnehmerInnen in dieser schwierigen Situation zu tun. Ganz staatstragend. Ganz verantwortungsvoll im Blick aufs Ganze. Der ÖGB ist wieder voll da, so wie früher. Für die Mitglieder. Für die ArbeitnehmerInnen.

Fragen, was die wollen – die Gewerkschaftsmitglieder – muss mensch in Zeiten wie diesen, doch nicht, oder? Die FSG verliert eine AK-Wahl nach der nächsten. Verliert vor allem bei denjenigen, die kurzarbeiten, die Einkommensverluste hinnehmen müssen. Die Reform des Österreichischen Gewerkschaftsbundes ist einmal ausgesetzt. Die Demokratisierung verschoben. Wir haben Wichtigeres zu tun in Zeiten der Krise, verlautet es. Sozialpartnerschaftliches Business as usual.

Offensichtlich sind allerdings viele ArbeitnehmerInnen nicht mehr bereit, diesem Retrokurs zurück in angeblich gute alte Zeiten zu folgen. Jedenfalls wird's dem FSG-dominierten Gewerkschaftsbund nicht so gedankt, wie er es sich erhoffen würde. Es läßt sich halt nicht auf immer und ewig verdrängen. Das sollte vor allem im Land eines Freud und einer Psychoanalyse inzwischen bekannt sein.



*„Gewerkschaftsmitglieder wählen nach wie vor nicht ihre Vorsitzenden, sie werden nicht über Urabstimmungen, Mitglieder-Befragungen, etc. in die politische Positionierung der Gewerkschaften eingebunden“*

---

### HIN UND WIEDER AUF- FLACKERENDE KAMPFESLUST

Ja, hin und wieder gab es doch die aufflackernden Momente von Kampfgeist. Die ArbeitnehmerInnen dürfen nicht die Zeche für die Krise zahlen, das wird der ÖGB zu verhindern wissen, polterte ÖGB-Präsident Foglar. Das System sei gescheitert! Wer nun allerdings erhoffte, dass damit die Marktwirtschaft oder gar der Kapitalismus gemeint sei, wurde – wie eh erwartet – enttäuscht. Nein, das System der Gier und des Finanzkapitalismus sei gescheitert, keineswegs die Marktwirtschaft, der Kapitalismus, als ob diesen nicht die selbstzerstörerische Kraft systembedingt inhärent wäre. Es ginge nun vor allem darum, die Realwirtschaft zu stärken.

Als ob sich Finanz- und Realwirtschaft so locker trennen ließen. Als ob weite Zweige der Realwirtschaft nicht schon längst „finanzkapitalistisch“ aktiv wären, in Wirklichkeit (Investment)-Banken mit angehängter Produktion. Als ob nicht – im guten alten Marx'schen Sinn – Ausbeutung im Sinne von Mehrwertproduktion im Realsektor Tag für Tag stattfinden würde. Die Kritik an dieser verkürzten und falschen Systemanalyse fand auch in zahlreichen unserer Wortmeldungen (überhaupt kam die überwiegende Anzahl an Wortmeldungen bei diesem Bundeskongress wieder einmal von den wenigen Delegierten der UG) ihren Niederschlag. Zumindest spricht sich der ÖGB für eine umfassende und grundlegende Reform des Steuersystems in Richtung Vermögensbesteuerung aus. Was auch im Rahmen des

Grundsatzprogramms des ÖGB beschlossen wurden. Eines braven keynesianischen Papiers ohne all zu viele Ecken und Kanten, ohne grundlegende Kritik an Bankenpaketen, an verfehlten Konjunkturpaketen etc., das den Bereichen Demokratisierung der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik zugunsten der ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen – also einem tatsächlichen Kurs- und Systemwechsel – sowie einer Ökologisierung des Wirtschaftssystems allerdings kaum Aufmerksamkeit widmet. Auch hier: Business as usual, nur keine Wellen, nur keine inhaltlichen Höhepunkte, nur nicht zu weit gehen.

---

### ERFREULICHES ZU ANTI- FASCHISMUS UND -RASSISMUS

Jede der zahlreichen Wortmeldungen der UG endet mit der Forderung an den ÖGB, gegen rassistische und rechte Hetze aktiv zu werden – weil Solidarität unteilbar wäre. Der Wahlkampf der FPÖ im Rahmen der EU-Wahlen, die Zugewinne der Freiheitlichen bei den AK-Wahlen, der Zulauf zur extremen Rechten in Zeiten der Wirtschaftskrise verlange ein aktives Auftreten und entsprechende Kampagnen des ÖGB. „Wo wart ihr?“ fragte etwa Linda Sepulveda, stellvertretende Betriebsratsvorsitzende bei Siemens-SIS und Gastdelegierte der AUGÉ/UG, anlässlich des Schweigens des ÖGB im Rahmen des EU-Wahlkampfes. Thomas Kerschbaum, Delegierter der KIV/UG in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten, fuhr die Freiheitlichen Arbeitnehmer scharf an und forderte den ÖGB auch auf, angesichts der gewerkschafts- und migrantInnenfeindlichen

Positionen der FA, diese nicht länger als Fraktion im ÖGB zu dulden. Ein Antrag der UG, in das Leitbild des ÖGB klar und unmißverständlich eine antifaschistische und antirassistische Positionierung aufzunehmen, fand eine überwältigende Mehrheit – Enthaltungen und Gegenstimmen waren an einer Hand abzählbar. Am letzten Tag brachte schließlich die GPA-DJP noch einen Initiativantrag „Gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus“ ein. Im Zuge der Vorstellung des Antrags übten sowohl die Bundesgeschäftsführerin der GPA-DJP, Dwora Stein, als auch Willi Mernyi, Kampagnenleiter des ÖGB und Vorsitzender des Mauthausen-Komitees, scharfe Kritik an jenen ÖVP- und SPÖ-Abgeordneten, welche einen Dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf erst ermöglichten. Der Initiativantrag wurde einstimmig angenommen.

Anträge allein werden allerdings nicht reichen. Der ÖGB muss offensiv gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus in der Gesellschaft, aber auch in den eigenen Reihen vorgehen. Von den Freiheitlichen Arbeitnehmern war übrigens beim ÖGB-Bundeskongress nur wenig zu sehen und schon gar nicht zu hören. Obwohl auch sie Delegierte und TeilnehmerInnen stellten. Etwas wurde uns allerdings zugebracht: gerüchteweise forderten FA-Delegierte FSG'ler aus der Bau-Holz-Gewerkschaft auf, sie gegen die ständigen Angriffe der UG in Schutz zu nehmen. Die waren dann allerdings doch nicht bereit dazu ...

Die Chronologie des Kongress.  
Von Fritz Schiller.

# DEFENSIV

Der Kongress war notwendig geworden, weil Rudolf Hundstorfer als ÖGB-Präsident zurückgetreten war, um als Sozialminister in die neu gebildete Regierung Faymann/Pröll einzutreten. Als Nachfolger hatte Hundstorfer, in altbewährter Manier, den Vorsitzenden der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung, Erich Foglar, designiert. Der Bundeskongress sollte nun Foglar in sein Amt wählen. Um es vorwegzunehmen: Erich Foglar wurde mit knapp 89 Prozent der Stimmen gewählt.

Die wichtigsten anderen Tagesordnungspunkte waren der Bericht über den Fortgang der Demokratisierung des Gewerkschaftsbundes (nach dem Bawag-Debakel) sowie die Diskussion über ein Grundsatzprogramm. Insgesamt waren 351 Delegierte stimmberechtigt. Sie waren von nun mehr acht Gewerkschaften entsandt worden. Tags zuvor hatte die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten mit der Gewerkschaft Kunst, Medien, Sport, Freie Berufe fusioniert. Die Unabhängigen GewerkschafterInnen stellten acht stimmberechtigte Delegierte.

## DER KONGRESS

Nach den Fraktionskonferenzen wurde am Abend des ersten Tages der Kongress von Erich Foglar eröffnet. Es gab Grußworte und Ansprachen vom



**FRITZ SCHILLER**  
IST ÖKONOM,  
BETRIEBSRATS-  
VORSITZENDER UND  
AUGE/UG-VERTRETER IM  
BUNDESVORSTAND DER  
GEWERKSCHAFT DER  
PRIVATANGESTELLTEN.

Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Guy Ryder, Bundeskanzler Werner Faymann und Bundespräsident Heinz Fischer. Nach einem künstlerischen Programm beschloss der Kongress schließlich den Abend bei einem Heurigen.

Der Kongress wurde am zweiten Tag, nach Grußbotschaften von John Monks, dem Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, einem Kreide gefressen habenden Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner und dem AK-Präsidenten Tumpel, mit den Berichten der drei leitenden Sekretäre (Monika Kemperle, Bernhard Achitz und Clemens Schneider) sowie der Zentralen Kontrollkommission fortgesetzt. Daran anschließend gab es eine intensive Debatte, vor allem über die Frage, welche Reformen nach dem Bawag-Debakel eingeleitet wurden.

Der Nachmittag wurde mit einer Podiumsdiskussion über die Zukunft der Gewerkschaften fortgeführt. TeilnehmerInnen waren Karin Küblböck, Attac, Franz Küberl, Caritas, Dr. Michael Hütter, Institut für deutsche Wirtschaft (Köln) und Erich Foglar.

## STATUTENANTRÄGE

Im nächsten Tagesordnungspunkt wurden Statutenanträge behandelt. Für deren Annahme ist die Zweidrittelmehrheit der anwesenden Delegierten notwendig. Das höchste Organ ist der alle vier Jahre tagende Bundeskongress. Dazwischen tagt der Bundesvorstand in der Regel zweimal jährlich. Er besteht aus mehr als 100 Mitgliedern, die von den Gewerkschaften und den Fraktionen, der Frauenabteilung, den Landesorganisationen etc. delegiert werden sowie den Mitgliedern des Vorstandes. Der Vorstand ist das Exekutivorgan und setzt sich aus mindestens

20 vom Bundeskongress gewählten Personen zusammen.

Es gab drei wesentliche Änderungsanträge. Zunächst beantragte der Bundesvorstand die Zuerkennung des Stimmrechtes für die leitenden SekretärInnen im Vorstand. Der Antrag wurde vom Kongress angenommen. Die Relevanz bzw. der Bruch mit der Logik des ÖGB-Statuts ist an den meisten Delegierten (auch der UG!) vorbeigegangen. Laut § 10b Abs. Ziffer 5 sind die drei leitenden SekretärInnen vom Bundesvorstand zu bestellen. Sie sind nun vollstimmberechtigte Mitglieder des Vorstandes und werden nicht, wie allen anderen Vorstandsmitglieder vom Bundeskongress gewählt sondern „nur“ vom Bundesvorstand „bestellt“.

Der zweite wesentliche Statutenantrag betraf die Aufnahme und das Stimmrecht von zwei LandesvertreterInnen in den Vorstand. Dieser, von den LandesvertreterInnen als Initiativantrag eingebracht, wurde vom Bundesvorstand abgelehnt. In der Diskussion wurde argumentiert, dass durch diesen Passus die Anzahl der Mitglieder im Vorstand, der ja als Arbeitsgremium gedacht ist, unnötig aufgebläht werde bzw. nicht mehr arbeitsfähig wäre. Unterstützung bekamen die AntragstellerInnen von der scheidenden Vizepräsidentin Roswitha Bachner, die betonte, dass ohne die Unterstützung der Bundesländer die wichtigsten Vorhaben des ÖGB nicht hätten umgesetzt werden können. Dennoch erreichte der Antrag nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Schließlich betraf der dritte wesentliche Statutenantrag die Tätigkeitsdauer von FunktionärInnen, die innerhalb einer Funktionsperiode in den Ruhestand treten. Sie sollten, so der Antrag des Bundesvorstandes, drei Monate nach Pensionsantritt das ÖGB-Mandat zu-



rücklegen. Die UG als kleine Fraktion, mit vergleichsweise wenigen FunktionärInnen, wandte sich entschieden gegen diesen Antrag. Wir könnten schon verstehen, so ihre RednerInnen, dass die FSG „SesselkleberInnen“ loswerden wollen. Dieses Problem sollte aber auf andere Art und Weise gelöst werden, als kleinen Fraktionen damit die Mitwirkungsmöglichkeiten stark einzuschränken. Gerade PensionistInnen würden bei kleinen Fraktionen einen großen Teil der Sitzungstätigkeiten wahrnehmen können. Es wurde der Antrag gestellt, diesen Punkt gesondert abzustimmen.

Der Tagungsvorsitzende Katzian ließ über diesen Antrag abstimmen. Nach der Abstimmung stellte Katzian jedoch fest, dass dieser Antrag die erforderliche Zweidrittelmehrheit für Statutenänderungen nicht erhalten habe, der Antrag somit abgelehnt sei. Nach einer kurzen Aufregung und dem Antrag des Gemeindebediensteten-Vorsitzenden Meidlinger, die aktuelle Anwesenheit der stimmberechtigten Delegierten festzustellen, wurde der Kongress vom Präsidium unterbrochen, um die Konfusion aufzulösen.

Nach der Wiederaufnahme des Kongresses und der neuerlichen Feststellung der anwesenden stimmberechtigten Delegierten wurde darüber abgestimmt, ob es eine gesonderte Abstimmung zu dem „PensionistInnen“-Antrag geben solle. Dieser Antrag wurde

abgelehnt. In der darauf folgenden Abstimmung über die gesamten Statutenänderungsanträge wurde der „PensionistInnen“-Antrag dann wie vorgeschlagen vom Bundeskongress angenommen.

Durch die Kongressunterbrechung war der vorgesehene Zeitplan in Verzug geraten. Die Diskussion um Grundsatzprogramm wurde auf den nächsten und dritten Kongresstag verschoben. Der Tagungsordnungspunkt wurde durch drei Referate begonnen.

Zuvor hatte sich der letzte Gewerkschafts-Präsident, Rudolf Hundstorfer, in einer Rede von den Delegierten verabschiedet. Von Erich Foglar wurde ihm anschließend die Johann-Böhm-Medaille verliehen.

## VORSTANDSWAHLEN

Der vorletzte Tagesordnungspunkt war den Vorstands-Wahlen gewidmet. Bis kurz zuvor bestand die Möglichkeit, schriftlich Fragen an KandidatInnen zu stellen, wovon rege Gebrauch gemacht wurde. Danach wurde den KandidatInnen, die zu Fünfergruppen zusammengefasst wurden, von der Moderatorin Katharina Klee die Fragen gestellt.

Für den 18-köpfigen Vorstand traten 18 KandidatInnen an. Genau nach Farbenlehre und anteilmäßiger Stärke (?) war für die FSG 13, für die FCG vier Plätze und für die UG ein Platz vorgesehen (siehe „ÖGB-Vorstand“, Seite 8).

## INITIATIVANTRÄGE

Im letzten Tagesordnungspunkt wurden eine Reihe von Initiativanträgen, Anträge, die weder vom Bundesvorstand oder von Einzelgewerkschaften eingebracht wurden, behandelt. Im Gegensatz zum Beispiel zur Gewerkschaft der Privatangestellten, bei der jedes Mitglied einen Antrag an das Bundesforum, das höchste Gremium stellen kann, ist das demokratische Mitbestimmungsrecht für das einzelne ÖGB-Mitglied sehr beschränkt. Um einen Initiativantrag einbringen zu können, muss mindestens ein Siebentel der stimmberechtigten Delegierten den Antrag unterstützen. Erst dann wird er auf dem Kongress behandelt.

Einer der wichtigsten und kontroversten Initiativanträge betraf die Sozialakademie/Bildungshaus Wien, der von der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung und der Chemiarbeiter-Gewerkschaft eingebracht und von der Privatangestellten-Gewerkschaft unterstützt wurde. Das Karl-Weigl-Bildungshaus bei Mödling, eine gemeinsame Einrichtung der Arbeiterkammer und den Gewerkschaften, soll mit Jahresende geschlossen und nach Wien übersiedelt werden.

Eine erste Konsequenz davon ist, dass der aktuelle Jahrgang der Sozialakademie ausfallen muss. Das wurde

*Bitte umblättern*

massiv von den AntragstellerInnen kritisiert und sie forderten, dass ein gewerkschaftliches Bildungshaus am Stadtrand Wien geschaffen oder erhalten werden muss. Der Antrag führte zu einer heftigen Reaktion von Norbert Bacher-Lagler (Gewerkschaft vida), dem Vizepräsidenten der AK-Wien, er könne es persönlich nicht verantworten, zig Millionen Euro für die Renovierung des Karl-Weigl-Bildungshauses zu investieren. Der Antrag wurde schließlich mit großer Mehrheit vom Bundeskongress angenommen.

Ein weiterer Initiativantrag wurde von der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften eingebracht. Er forderte, dass nach der Krise nun den Worten Taten folgen müssen. Konkret solle der Gewerkschaftsbund vor Beginn der Herbstlohnrunder einen bundesweiten eintägigen Streiktag organisieren. Trotz der Tatsache, dass die AntragstellerInnen weder stimmberechtigte Delegierte stellten noch von einer Gewerkschaft oder einer Fraktion unterstützt wurden, hatten sie es dennoch zustande gebracht, die nötigen Unterstützungsunterschriften zu bekommen. Der Antrag wurde mit wenigen Prostimmen abgelehnt.

Der wohl wichtigste Initiativantrag wurde von der Gewerkschaft vida eingebracht und betraf das Steuerkapitel des vorgelegten Grundsatzprogrammes. In diesem Antrag wurde die Einführung einer eigenständigen, progressiven Vermögenssteuer gefordert, wobei sie alle Arten von Vermögen, z.B. Finanzvermögen und Vermögen von Privatstiftungen einheitlich und zu zeitnahen Marktwerten erfassen sollte. In der anschließenden Diskussion gab es eine breite Unterstützung dafür, angenommen von der Fraktion Christlicher Gewerkschafter. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

## ABSCHLUSSREDE DES PRÄSIDENTEN

In seiner Abschlussrede betonte der neu gewählte Präsident Erich Foglar, dass für die kommenden Monate die Verbesserung der Mitbestimmung ein wichtiges Ziel sei. Gerade in der Krise bräuchte es nicht weniger, sondern mehr und bessere Mitbestimmung. Der Österreichische Gewerkschaftsbund werde sich für eine gerechte Verteilung

bei Löhnen und Gehältern, im Steuersystem, beim Zugang zur Bildung oder bei der Gleichstellung von Frauen einsetzen. Das Gesundheitssystem brauche eine Selbstverwaltung mit GewerkschafterInnen an der Spitze, denn dadurch sei sichergestellt, dass zum Wohle der PatientInnen gehandelt werden würde.

Foglar stellte fest, dass der Gewerkschaftsbund in den letzten Monaten trotz Wirtschaftskrise seine Stärke gezeigt habe. Die Gewerkschaften hätten viel erreicht, beispielsweise die Kurzarbeitsvereinbarungen und die jüngsten Lohn- und Gehaltverhandlungen.

Erich Foglar wird die Linie seines Vorgängers Hundstorfer fortsetzen. Er wird, und das geht aus seinen Erklärungen hervor, eine defensive Strategie verfolgen. Die Rahmenbedingungen zum Beispiel der Sozialpartnerschaft werden nicht in Frage gestellt. Eine offensive Strategie, die versucht, das aktuelle Übergewicht der Arbeitgeberseite auf allen Ebenen aktiv in Frage zu stellen bzw. in ihr Gegenteil zu verkehren, ist nicht in Sicht.

Verhandlungs-Ergebnisse werden zu Erfolgen umgedeutet, wo sie eindeutig ein Entgegenkommen gegenüber der

Arbeitgeberseite darstellen, so wie es bei der Kurzarbeiter-Regelung der Fall war, aber auch bei den Lohn- und Gehalts-Verhandlungen. Wo ist die Erhöhung der Nettoersatzrate, die man (!) im Gegensatz zu einer Erhöhung der Kurzarbeiterdauer ausverhandeln wollte. Wo ist der Kollektivvertrag für die Drucker? Wo sind die Erfolge des Gewerkschaftsbundes bei der Verteidigung der Arbeitsplätze? Wo ist die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung? Es gibt sie leider nicht.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund ist nicht in der Lage, sich gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise vehement und sichtbar hinter die ArbeitnehmerInnen zu stellen. Das politische Gewicht ist weiter im Schwinden begriffen. Selbst wenn sich der ÖGB organisatorisch stabilisiert haben sollte, lässt die derzeitige politische Linie der Führung nicht darauf hoffen, dass es zu einem Wiedererstarken der Gewerkschaftsbewegung kommt.

## ÖGB-Vorstand

	Fraktion	Gewerkschaft	Stimmenanteil <sup>1</sup>
Erich Foglar <sup>2</sup>	FSG	Metall-Textil-Nahrung	88,99
Sabine Oberhauser <sup>3</sup>	FSG	Gemeinde	92,77
Norbert Schedl <sup>3</sup>	FCCG	Öffentlicher Dienst	90,88
Renate Anderl	FSG	Metall-Textil-Frauen	97,17
Alfred Artmayer	FSG	Chemie	94,65
Hermann Feiner	FCCG	Öffentlicher Dienst	90,25
Gerhard Fritz	FSG	Post	91,51
Monika Gabriel	FCCG	Öffentlicher Dienst	96,23
Alfred Gajdosik	FCCG	Vida	92,45
Johann Holper	FSG	Bau-Holz	95,91
Rudolf Kaske	FSG	Vida	94,65
Wolfgang Katzian	FSG	Privatangestellte	86,79
Lisa Langbein	UG	Vorsitz	94,65
Sabine Lukse	FCCG	Privatangestellte	97,17
Christian Meidlinger	FSG	Gemeinde	95,28
Jürgen Michlmayr	FSG	Jugend	95,28
Brigitte Ruprecht	FSG	Frauen	94,65
Dwora Stein	FSG	Privatangestellte	89,31
Werner Thum	FSG	PensionistInnen	95,60
Elisabeth Vondrasek	FSG	Vida-Frauen	93,40
Rainer Wimmer	FSG	Metall-Textil-Nahrung	98,11

<sup>1</sup> in Prozent <sup>2</sup> Präsident <sup>3</sup> VizepräsidentIn





**KLAUDIA PAIHA, ÖGB,  
AUGE/UG-Bundessprecherin,  
UG-Bundessekretärin zum  
Tätigkeitsbericht und  
ÖGB-Reform**

*Viele von euch* werden beim letzten ÖGB-Kongress dabei gewesen sein, wo wir die ÖGB-Reform beschlossen haben. Nun haben wir den Bericht gehört, was seither geschehen ist – und ich muss sagen, es ist beschämend! Im mehr als 50 Seiten umfassenden Tätigkeitsbericht ist der ÖGB-Reform gerade mal eine halbe Seite gewidmet. Und das Beschämende daran ist nicht, dass es da drin nicht um-

fangreicher ist, sondern, dass es dazu auch nicht mehr gibt! Es ist nix da!

Ich habe im ÖGB-Reform-Prozess die Teilprojektgruppe „Mitsprache und Mitbestimmung“ geleitet – jenen Bereich, wo heute am allerwenigsten davon zu sehen ist. Als Leiterin dieser Arbeitsgruppe fühle ich mich nun eigentlich gezwungen, mich bei all jenen KollegInnen zu entschuldigen, die mühsam von ihrer betriebsrätlichen Arbeit Zeit abgezweigt haben, um an der ÖGB-Reform mitzuwirken – es war umsonst, es hat nix gebracht!

Liebe KollegInnen, ich habe heute ein T-Shirt an, da steht d'rauf: „Ich will mehr!“ – und das bezieht sich nicht, wie einige männliche Kollegen mein-

ten, auf meine Oberweite ... glaubt mir, Frauen sind durchaus in der Lage, sich mit anderen Dingen zu beschäftigen – ich will mehr ÖGB-Reform, ich will mehr Mitbestimmung und Mitsprache für FunktionärInnen und Mitglieder im Österreichischen Gewerkschaftsbund!

Und noch etwas will ich mehr: Im Bericht habt ihr auch gehört, dass das neue ÖGB-Haus im fertig werden ist. Nun habe ich gehört, dass die Plätze beim Haupt- und Nebeneingang benannt werden sollen: und zwar beim Haupteingang nach einem Mann, Johann Böhm, und beim Nebeneingang nach einer Frau, Wilhelmine Moik – beides wohlverdiente GewerkschafterInnen: Johann Böhm, von den Nazis verhaftet, nach 1945 erster Präsident des neugegründeten ÖGB, Wilhelmine Moik, Mitbegründerin der ÖGB-Frauen, in Gestapo-Haft gesessen, erste ÖGB-Frauenvorsitzende nach 1945.

Ich will auch hier mehr: ich will, dass der ÖGB ein sichtbares Zeichen setzt, dass ihm die Gleichberechtigung wichtig ist. Ich will, dass der Platz beim Haupteingang des neuen ÖGB-Hauses nach der Frau benannt wird und der Nebeneingang nach dem Mann!

Und noch mehr will ich: Ich will, dass der ÖGB offensiv gegen Rassismus und rechte Hetze auftritt. Denn: Solidarität ist unteilbar. ■



**VERONIKA LITSCHEL, Betriebsrätin  
der Wiener Grünen zum  
Leitbild des ÖGB**

*Im Leitbild will* der ÖGB eine pluralistische Gesellschaft, in den Leitsätzen finden wir das Bekenntnis zur multi-kulturellen Haltung.

Im Grundsatzprogramm hat sich Alltagsrassismus eingeschlichen, es ist auch nicht frei von nationalistischem Vokabular, so sind nur ausländische Konzerne „böse“.

Wir leben in einer Zeit rassistischer Hetze. Und ich fordere den gesamten ÖGB dazu auf, nicht nur von Haltung zu schreiben oder zu sprechen, sondern diese zu zeigen.

Ich fordere den gesamten ÖGB und jeden Einzelnen von uns auf, gegen das unerträgliche Ausspielen von ArbeitnehmerInnen und MitbürgerInnen

aufzustehen und sich schützend vor KollegInnen zu stellen.

Ich erwarte mir vom ÖGB ein offensives Auftreten gegen Ausgrenzung und Sündenpolitik.

Ich erwarte mir eine Kampagne des ÖGB, die zeigt: „So nicht“! Laut Statut ist das eine Grundaufgabe des ÖGB.

Ich erwarte im Leitbild – und nicht nur im Statut – des ÖGB ein klares, eindeutiges Bekenntnis zu Antirassismus und Antifaschismus.

Antirassismus und Antifaschismus finden nicht auf dem Papier statt. Wir müssen uns alle aktiv und laut gegen diese rechte Hetze stellen! Solidarität ist unteilbar.

Ein entsprechender Antrag zur Änderung des Leitbildes wurde von unserer Fraktion eingebracht und mit großer Mehrheit angenommen. ■



**HASAN TANYELI, Betriebsrat im Bundesrechenzentrum zu MigrantInnen**

**Auch bei den verschiedenen** abgelaufenen Wahlen wurden wieder die MigrantInnen als Sündenböcke und als Ablenkung von den wahren Problemen und ihren Ursachen, insbesondere von den Wirtschaftskrisen, den öffentlichen Defiziten usw., missbraucht.

Erst jetzt bei den AK-Wahlen ritt der klapprige Kreuzritter HC Strache mit seinem Knecht, Obmann Rösch von den Freiheitlichen Arbeitnehmern, eine wilde Attacke: Die SPÖ-Politik führe einerseits zu 600.000 Arbeitslosen, eine Million Österreicher sei armutsgefährdet, (Zitat) „Aber: Allein 2006 und 2007 mehr als 650 Millionen Euro an Arbeitslosengeld und Notstandshilfe für Nicht-Österreicher!“

Hier teilt Kreuzritter Strache ganz in der Art der Inquisition in brave Schäfchen – das sind die Österreicher – und in die Schmarotzer und Betrüger – das sind die Ausländer, denen gar nichts zusteht. Und er zeichnet damit auch schon vor, wo er das Geld in Zukunft holen möchte! Nicht bei den Reichen und Schönen, sondern bei den Arbeitenden und Armen natürlich!

Erhöhung Pensionsalter, Minderung der Pensionen, private Pensionsvorsorge an den Börsen – das zum Beispiel war die Handschrift der FPÖ in der Regierungskoalition!

Hundert Millionen von Beitrags-schulden der Unternehmen an die Sozialkassen, das war der FPÖ bisher noch keine Wahlkampfthema wert! Wohl

aber die Hetze gegen unsere arbeitslosen KollegInnen und Gewerkschaftsmitglieder, wenn sie kein christliches Kreuz in der Hand halten!

Der freiheitliche Finanzsprecher Lutz Weinzinger bringt es ja auf den Punkt: eine Besteuerung für Reiche komme für ihn nicht in Frage, denn er befürchtet: „Im schlimmsten Fall ziehen die Wohlhabenden weg aus Österreich!“. Und wir? Wir GewerkschafterInnen sollen uns für diese politischen Falschmünzer spalten lassen und uns gegen unsere eigenen KollegInnen wenden?

Was machen die Medien? Nach dem schrecklichen Ereignis in einem indischen Tempel ergriffen einige von ihnen gierig die Gelegenheit, unsere zugewanderten Kollegen generell als „blutige Gefahr“ darzustellen, pauschal als „Terror mitten in Wien“.

„Mitten in Wien“ geschehen ganz andere Dinge! Gerade im Strassenverkauf derselben Zeitungen arbeiten indische und pakistanische Kollegen unter unerträglichen Bedingungen zu Niedrigstlöhnen Tag und Nacht über Jahrzehnte hinweg! Diese Menschen, die aus ihren Herkunftsländern auswandern oder gar flüchten mussten, werden mit dieser Diskriminierung doppelt bestraft. Ja, dreifach: Es sind oft direkt österreichische Unternehmen, die im Ausland zum Elend und zur Vertreibung der Menschen beitragen. Recht bekannt ist das Staudamm-Projekt Ilisu mit Beteiligung der österreichischen Firma Andritz, für das die österreichische Kontrollbank Garantien in der Höhe von 230 Millionen Euro zur Verfügung stellte. Die 50.000 Zwangsvertreibungen aus dem fruchtbaren Tal, in dem seit 11.000 Jahren die Menschen siedeln, haben schon begonnen! Begonnen haben auch die Selbstmorde der Betroffenen, die meisten aber versuchen verzweifelt, in die Elendsviertel der Grossstädte oder eben nach Europa ausweichen.

Was sehen und hören wir aber seitens unserer Gewerkschaften als Gegenkampagnen, um dieser breiten Hetze gegen Arbeiter und Angestellte mit Migrations-Hintergrund entgegenzutreten? Haben wir eine gezielte Kampagne erlebt und mitgestaltet, um diese

zirka eine Million KollegInnen massenhaft als aktive Mitglieder für die Gewerkschaften zu gewinnen? Leider schweigt der ÖGB zu oft zu den Verhetzungen und Fehlinformationen in der Öffentlichkeit gegenüber unseren Kolleginnen und Kollegen. Man lässt uns einfach im Regen stehen!

So kann eine Gewerkschaft ihrer Verantwortung nicht nachkommen!

Wo sind die weitsichtigen Konzepte einer zentralen Abteilung im Gewerkschaftsbund, die sich speziell um die eigentliche Grundidee unserer Gewerkschaften kümmert: die Einheit aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ohne Ausnahme, unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion, Nationalität oder Staatsbürgerschaft zu verteidigen und durchzusetzen, gegen die Interessen der „Wohlhabenden“ – und ihrer klapprigen Kreuzritter.

Und vor allem: wo brennt das Feuer, die Idee, gemeinsam die Einheit gegen die Vorurteile und Beschränktheit in unseren eigenen Köpfen und den Köpfen der Zugewanderten zu entwickeln? Passiert im ÖGB dazu gar nichts?

Doch, die verschieden Aktivitäten basieren auf zufälligen und spontanen Initiativen von unten, werden sporadisch umgesetzt, meist ohne gemeinsame und vernetzte Strategie. Um eine konsequente Arbeit in diesem Bereich aufzurollen, brauchen wir im ÖGB eine klar definierte, für uns alle verständliche und mit den notwendigen Mitteln ausgestattete MigrantInnen-Arbeit.

Wir sehen uns einer globalen Wirtschaftskrise gegenüber und es wäre lächerlich zu glauben, wir könnten darin ohne unsere zugewanderten KollegInnen bestehen. Sollen wir uns ducken vor einem Herrn Strache? Sollen wir schweigend die Diskriminierung zulassen?

Das enorme Potenzial von zirka einer Million unselbständig Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund kann nur eine gewaltige Bereicherung der Gewerkschaftsarbeit sein!

Ein Mann hat einmal in diesem Lande gesagt: „Lernen Sie Geschichte, mein Herr!“ Ich bin dafür, dass wir die Geschichte nicht nur lernen, sondern auch die Lehren daraus ziehen sollten ... ■



**LINDA SEPULVEDA-URREJOLA,**  
*stellvertretende Betriebsrats-*  
*Vorsitzende Siemens-SIS,*  
*Bundesausschuss work@-*  
*migration, zum*  
**Grundsatzprogramm**

**Endlich gibt es** was vom ÖGB im Grundsatzprogramm zum Thema Integration. Endlich!

Endlich wird der erleichterte Zugang zum Arbeitsmarkt für AsylwerberInnen gefordert. Endlich!

Gestern wurde endlich Antifaschismus und Antirassismus ins Leitbild des ÖGB aufgenommen und das ist sehr gut so.

Ebensee. Auschwitz. Linz. Wien. Rassistische Auftritte allein in Mai 2009. Wo warst du, um dem entgegen zu treten? Wo war die Gewerkschaft?

Zwei Studentinnen organisieren kurzerhand eine Lichterkette ums Parlament. An die 7000 Menschen nehmen teil. Einige habe ich dort gesehen. Aber wo warst du? Wo war die Gewerkschaft?

Gegen Faschismus, Diskriminierung, Entsolidarisierung aufzutreten ist eine fundamentale Aufgabe der Gewerkschaft. Gemeinsam sind wir stark, heißt es. Gemeinsam können wir Rassismus stoppen, sage ich.

Bei der nächsten Möglichkeit, lasst uns Zivilcourage zeigen, lasst uns Solidarität zeigen.

Der ÖGB muss offensiv gegen Rassismus und rechte Hetze auftreten. Solidarität ist unteilbar. ■



**ERICH FOGLAR, Präsident des**  
**ÖGB, antwortet Linda**  
**Sepulveda-Urrejola auf die**  
**Frage nach Aktivitäten gegen**  
**Rassismus und aufkeimenden**  
**Faschismus**

Du hast zum KandidatInnen-Hearing am ÖGB-Kongress eine Frage an mich gestellt, die im Rahmen des Hearings nicht beantwortet wurde. Ich hole dies aber gerne nach und lasse dir hiermit meine Antwort zukommen.

Deine Frage lautete: Wie willst du gegen Rassismus und aufkeimenden Faschismus aktiv auftreten? Ich kann

dir nur so antworten: Entschieden!

Antirassismus- und Antifaschismus-Arbeit ist ein Grundpfeiler der Österreichischen Gewerkschaftsbewegung. Wir werden uns daher auch in Zukunft bei Aktionen und Demonstrationen klar gegen Rassismus und Faschismus stark machen.

Darüber hinaus ist es meiner Meinung nach wichtig, dass wir uns gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten,

in denen Menschen vor existentiellen Schwierigkeiten stehen, für eine Politik FÜR die Menschen stark machen und uns entschieden gegen das Ausspielen unterschiedlicher Gruppen von Menschen einsetzen. Wir müssen entschieden gegen jene vorgehen, die die Krise nutzen wollen, um Menschen ? ältere und junge, Frauen und Männer, InländerInnen und AusländerInnen, Menschen unterschiedlicher Religionen oder ZeitarbeiterInnen und Stammbelagschaften gegen einander auszuspielen oder aufzuhetzen. Sie gefährden damit den sozialen Frieden Österreichs und das dürfen wir nicht zulassen. Das Gebot der Stunde heißt:

Wir müssen den Menschen Zukunftschancen durch Arbeit, existenzsichernde Löhne und Gehälter und ein gut abgesichertes soziales Netz bieten. ■



**REINHART SELLNER, UGÖD, am 1. Juli zu den Berichten über den Arbeitskonflikt der LehrerInnengewerkschaften, gelebte Solidarität und Konjunkturpaket III**

**In die abgelaufene** Funktionsperiode fiel auch der mehrwöchige Arbeitskonflikt der LehrerInnengewerkschaften der GÖD mit dem Dienstgeber Bundesregierung.

Mehr als 500 fehlende Bildungsbudgetmillionen sollten durch eine 10-Prozent-Arbeitszeiterhöhung, d.h. durch entsprechende Verbilligung der LehrerInnenarbeit, kompensiert werden. Die LehrerInnen sollten die Ersten sein, die übrigen öffentlich Bediensteten sollten diesem Beispiel einer neoliberalen Budgetlogik folgen. Anders als im März hat Kanzler Faymann bei seiner Begrüßungsrede an den 17. ÖGB-Kongress die entgegengesetzte Meinung vertreten. Laut und entschieden hat er sich gegen Null-Lohnrunden und Lohnverzicht ausgesprochen.

Die 10-Prozent-Arbeitszeiterhöhung bzw. Lohnkürzung für die LehrerInnen konnte abgewehrt werden. Die solidarische Art und Weise, in der das uns GewerkschafterInnen gelungen ist, möchte ich euch, KollegInnen Delegierte und TeilnehmerInnen unseres Kongresses in Erinnerung rufen:

Am 19. März hat der ÖGB-Bundesvorstand die Regierung unmissverständlich aufgefordert, ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung als Dienstgeber nachzukommen und sozial notwendige Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst zu schaffen und nicht einzusparen. Bankenpakete sind nicht genug, Zukunftsinvestitionen wie die in den Bildungsbereich, sind notwendig und müssen nicht nur versprochen, sondern auch finanziert werden, Schulen müssen in Kauf genommen werden. Eine strukturelle, auf Vermögens- und Spekulationssteuern abzielende Steuerreform wird das gefährdete Sozial- und Bildungswesen absichern. Für die Solidarität des ÖGB will ich als betroffener Lehrer ebenso Danke sagen, wie für die Solidarität der gesamten GÖD, der öffentlich Bediensteten aller Ressorts und der „Ausgliederten“.

Diese breite Solidarität hat dazu geführt, dass die ungenügende Budgetierung der Schulen und der öffentlichen Dienste insgesamt ins Zentrum der Auseinandersetzung rückte und die Bundesregierung am 20. April 2009 zusätzliche 240 Budgetmillionen bereitstellen musste. Die Bildungsministerin nahm die 10-Prozent-Arbeitszeiterhöhung zurück.

Ausschlaggebend war die Vorbereitung einer von der gesamten GÖD getragenen und vom ÖGB unterstützten Großdemonstration am 23. April und damit auf eine Welle von Arbeitskämpfen im Justizbereich, bei der Exekutive, an den Unis und in allen anderen von Personalkürzungen betroffenen Bereichen. Kanzler und Vizekanzler/Finanzminister sahen sich zum Einlenken veranlasst.

Es war nicht zuletzt ein Verdienst des von uns Unabhängigen GewerkschafterInnen oft kritisierten Kollegen Neugebauer, wenn der im Rahmen des vorgelegten Budgetansatzes nicht zu lösende Arbeitskonflikt LehrerInnen—Bildungsministerin noch einmal auf Regierungs- und Budgetebene gebracht wurde. Dass die zugeschossenen 240 Millionen zu wenig waren und wir 120.000 LehrerInnen als „Krisenopfer“ 180 Millionen an Einkommensverlusten draufzahlen müssen, ist die andere, die unerfreuliche Seite des erreichten Kompromisses. Und da das Einlenken der Regierung mit der Androhung der GÖD-Protestaktion erreicht wurde, kam es zu keiner Ausweitung des Arbeitskonfliktes und zu keinen Nachbesserungen für andere Ressorts, sondern zur Budgetrede des Finanzministers und zum Doppelbudget 2009/2010. Dieses Budget spart sich die ausreichende Finanzierung der öffentlichen Dienste, verzichtet auf Schwerpunktsetzungen und die dazu notwendigen zusätzlichen Arbeitsplätze in den Bereichen Bildung, Universitäten, Soziales, Justiz, Exekutive oder Gesundheit.

Die Resolution des ÖGB-Bundesvorstandes vom 19. März ist nicht berücksichtigt worden, das ÖGB-Grundsatzprogramm, das vom 17. Bundeskongress beschlossen werden soll, ist ergänzungsbedürftig: Wir Unabhängigen GewerkschafterInnen schlagen euch Delegierten und den zu wählenden FunktionärInnen folgende Konkretisierung vor: Der ÖGB fordert von der Bundesregierung das Konjunkturpaket III – Bildung, Soziales, Gesundheit und öffentliche Dienste. Denn Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sind ein notwendiger, direkt wirksamer Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Sicherung des demokratischen Sozialstaates und einer Schule, in der die Förderung Aller die soziale Auslese und Diskriminierung überwindet. ■



**REINHART SELLNER am 2. Juli  
zum Grundsatzprogramm  
(Kapitel Arbeitsmarkt)**

**Kollege Foglar hat** in seiner Eröffnungsrede auf die Bedeutung der Bildungsfrage für uns GewerkschafterInnen hingewiesen, Sozialminister Hundstorfer hat in seiner Grußadresse den Zusammenhang von Bildungsabschlüssen und Arbeitslosigkeit herausgestellt, Caritas-Präsident Küberl von der dramatisch steigenden Armut und unzulänglichen Integrationsmaßnahmen in einem der reichsten Länder der Welt berichtet. Alle waren sich einig: Chancengleichheit, soziale Integration und gelebte Demokratie brauchen tiefgreifende Bildungsreformen: ganztägige Kindergärten, die gemeinsame ganztägige Schule, SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen an den Schulen und eine verbesserte und universitäre Ausbildung für alle pädagogischen Berufe. Die Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf helle, lebensfreundliche Schulbauten, auf die neugierige Freud' am Lernen statt der Angst vor der Schule. Im Rechenschaftsbericht finden sich im Themenblock „Arbeitsmarkt und Rechtspolitik“ aber nur vier knappe Anmerkungen, am ausführlichsten noch der Hinweis auf das gemeinsame Bildungskonzept der Sozialpartner vom Oktober 2007.

Im Grundsatzprogramm wird recht umständlich auf die Notwendigkeit der „Erarbeitung eines Konzeptes für ein neuartiges Schulwesens im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht“ hingewiesen und darauf, dass „die neue Mittelschule zu evaluieren und weiterzuentwickeln“ ist. Auf die sozial und bildungswissenschaftlich fundierte Gewerkschaftsforderung nach der gemeinsamen ganztägigen Schule für alle schulpflichtigen Kinder wurde aus Rücksicht auf die FCG und ihre parteipolitisch-ideologisch begründete Position auch diesmal verzichtet. Es ist an der Zeit, diese stillschweigende Rücksichtnahme zu beenden und den Dialog und die Diskussion mit den FCG-KollegInnen aufzunehmen und Überzeugungsarbeit zu leisten, im christlich-sozialen Sinn des Caritas-Präsidenten.

Dass es auch anders geht, dass sich Gewerkschaft auch in laufende politische Prozesse einmischen kann, möchte ich euch an Hand der Resolution des Dallinger-Symposiums 2008 zeigen, das von AK und GPA-DJP Anfang November organisiert worden ist – die vorgezogene Neuwahlen brachten es mit sich,

dass diese Resolution an die Regierungs-VerhandlerInnen gerichtet wurde. „Die große Mehrheit der TeilnehmerInnen des 3. Internationalen Dallinger-Symposiums fordern die neue Bundesregierung auf, politische und budgetpolitische Grundlagen für eine tiefgreifende Schulreform zu schaffen, die den sozialen Veränderungen, den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und den individuellen Bedürfnissen der heranwachsenden Generationen gerecht werden:

- Klare politische Grundsatzentscheidung für eine gemeinsame Schule der 6- bis 15-Jährigen, Partei- und Standespolitik zurücknehmen. Es geht um die Kinder und nicht um Ideologien!
- Schulversuche zur neuen Mittelschule ausweiten, Übergang zur flächendeckenden gemeinsamen Schule vorbereiten
- Klare politische Grundsatzentscheidung für eine gemeinsame Universitätsaus- und -weiterbildung (Master) für alle pädagogischen Berufe (LehrerInnen, KindergartenpädagogInnen)
- Klare politische Grundsatzentscheidung für ein gemeinsames öffentliches LehrerInnen-Dienstrecht und für eine Schul-Verwaltungsreform, deren Einsparungspotenzial der Arbeit an den Schulen zugute kommt
- Gratikindergarten und ganztägige Schulformen für alle Kinder
- Großzügige Schulbaumaßnahmen, die kinderfreundliche, weltoffene Rahmenbedingungen für gemeinsames Lernen und Zusammenleben schaffen
- Unterstützungsteams an alle Schulen (SozialarbeiterInnen, SonderpädagogInnen, PsychologInnen ...)
- Klare politische Grundsatzentscheidung für die nachhaltige Bereitstellung der Budgetmittel, die eine gemeinsame Schule mit einer solidarischen und alle Begabungen aller Kinder und Jugendlichen fördernden Lernkultur braucht.

Im Sinn Alfred Dallingers: Bildungspolitik ist Sozialpolitik. Kein Kind, kein Mensch darf zurückgelassen und abgeschoben werden. Für die lebendige Vielfalt, für das Miteinander in einer gemeinsamen Schule!“

Stark. Sozial. Gerecht. Eine auf aktives Eingreifen in politische Prozesse orientierte Bildungspolitik des ÖGB ist gefragt. Engagiert, offensiv und kämpferisch für ein Konjunkturpaket III – Bildung, Soziales, Gesundheit und öffentliche Dienste. Kein Kind, kein Mensch darf ausgegrenzt werden. ■

Am Bundeskongress wurde ein neues Grundsatzprogramm beschlossen.  
Es gliedert sich in sechs Kapitel, die ersten beiden sind übertitelt: „Kurswechsel“ und „Die Finanzmarktkrise“. Von Fritz Schiller.

# KURSWECHSEL

Das Grundsatzprogramm stellt den Kapitalismus nicht in Frage. Es möchte ihn vielmehr staatlich regulieren, „hin zu mehr Regulierung der Finanzmärkte und hin zu einem Staat, der seine Verantwortung bei Daseinsvorsorge und Sozialpolitik wahrnimmt“. Das sind die Schwerpunkte des Kurswechsels: Daseinsvorsorge und Sozialpolitik und nichts darüber hinaus.

Das Programm stellt klar fest, dass es Armut und Arbeitslosigkeit mit ganzer Kraft bekämpfen wird. Soziale Gerechtigkeit besteht darin, dass die Finanzierung des Sozialstaates zwischen der Wirtschaft und allen (anderen) Bevölkerungs- und Einkommensgruppen gewährleistet ist. Kritisch wird festgestellt, dass der „Selbstlauf des Marktes“ keine soziale Gerechtigkeit ergäbe. Schließlich fordert der ÖGB die Verankerung der sozialen Grundrechte in der österreichischen Verfassung.

Das klingt alles sehr defensiv. In diesem zentralen Kapitel werden nicht die Auswirkungen der Globalisierung thematisiert, deren Folge u.a. die Finanzmarktkrise durch ihre zügellose Deregulierung und Liberalisierung war. Es wird nicht thematisiert, dass es in den letzten Jahren zu einer teilweise dramatischen Umverteilung von unten nach oben gekommen ist, die als eine der Voraussetzungen der Finanzmarktkrise gilt. Es wird überhaupt nicht die ökologische Krise erwähnt, im speziellen die Frage des Klimawandels. Zudem wird in keiner Weise der zunehmende Bedeutungsverlust der Gewerkschaftsbewegung, verbunden mit der Schwäche der Arbeitnehmervertretung in der Sozialpartnerschaft, thematisiert. Wichtige Fragen für die Gewerkschaftsbewegungen werden nicht einmal aufgeworfen.

---

## FINANZMARKTKRISE

Im zweiten Kapitel wird die Finanzmarktkrise behandelt. Ihren Ausgangspunkt, so das Grundsatzprogramm, nahm die Krise in den USA, „wo eine Ideologie der Finanzmarktökonomie die Wirtschaftspolitik beherrscht“. Es wurden in nahezu allen Ländern (neoliberale, Anm.) Reformen durchgeführt, um die Dynamik des Finanzsektors zu stimulieren bzw. von hemmenden Fesseln zu befreien. Als Beispiel werden neben der privaten Vorsorge auch die Privatisierung von Staatsunternehmen sowie von „staatlich erbrachten Leistungen“ angeführt „um das Angebot an Veranlagungsmöglichkeiten zu erhöhen“. Treiber waren die Finanzinnovationen, die „junk bonds“ und „venture capital“, die schließlich zu einem Immobilienpreisboom führten, wobei in manchen Fällen sogar „massiver Betrug“ mit im Spiel war.

Die Analyse der Finanzmarktkrise ist äußerst unbefriedigend. Sie betont Momente (Betrug), die nur von geringer Relevanz waren und übersieht die wichtigsten Ursachen. Es kam spätestens seit Anfang der 1990er Jahre zu einer deutlichen Umverteilung der Vermögen von unten nach oben. Die viel zitierte und diskutierte (auch im ÖGB und in der AK!) Entwicklung der Lohnquote sollte dafür als ein Indiz gelten. Sie kommt hier nicht vor. Das führte dazu, dass die Kapitalisten ihren Vermögensanteil relativ zu den ArbeitnehmerInnen deutlich erhöhen konnten.

Dieses Kapital wurde nur zu einem geringen Teil in reale Investitionen investiert, vielmehr floss es vor allem in Finanzanlagen. Dadurch erhöhte sich die Menge des vorhandenen Finanzkapitals, was wiederum zu einer erhöhten

Nachfrage nach Finanzanlagen in allen Formen (nicht nur junk bonds und venture capital!) führte und in der Folge zu höheren Kursen. Völlig vergessen wurden bei der Analyse die sogenannten Zweckgesellschaften in Steueroasen. Sie wurden von renommierten Banken in den unregulierten Ländern, wie z.B. den Cayman Inseln, gegründet. Dort erwarben sie die Immobilienkredite aus den USA, bündelten sie zu speziellen Wertpapieren (z.B. ABS) und verkauften diese weiter an z.B. europäische Investoren. Das Leveraging (Hebeln) der strukturierten Finanzprodukte (z.B. ABS, CDO) führte zu einer massiven Aufblähung des vorhandenen Finanzkapitals, was schließlich in einem Platzen der Blase endete.

---

## WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Das Grundsatzprogramm konstatiert weiter, dass das Wirtschaftswachstum mit durchschnittlich 2,2 Prozent in den letzten zehn Jahren hinter den Möglichkeiten zurückgeblieben ist. Das wäre zu wenig, um in Österreich Vollbeschäftigung zu erreichen.

Das Wachstumsparadigma wird somit in keiner Weise in Frage gestellt. Nur Wachstum allein garantiert offensichtlich gemäß Grundsatzprogramm Vollbeschäftigung. Es wird nicht einmal zwischen quantitativem und qualitativem Wachstum differenziert – einer Unterscheidung, die schon vor zwanzig Jahren nicht mehr modern war. Es wird nicht die Steigerung der Produktivität in den letzten Jahrzehnten erwähnt, die schon längst zu einer deutlichen Arbeitszeitverkürzung hätte führen müssen. Es wird nicht das Phänomen der Sättigung, des Überflusses an Konsumgütern thematisiert. Der Abschnitt



*Das Wachstumsparadigma wird in keiner Weise in Frage gestellt. Nur Wachstum allein garantiert offensichtlich gemäß Grundsatzprogramm Vollbeschäftigung. Es wird nicht einmal zwischen quantitativem und qualitativem Wachstum differenziert.*

zum Wirtschaftswachstum macht klar, dass die sozioökonomische Entwicklung der letzten Dekaden an den Autoren des Grundsatzprogramms spurlos vorbeigegangen ist.

Weiter heißt es im Text, dass sich der Finanzsektor an der Realwirtschaft zu orientieren hätte. Dem kann natürlich zugestimmt werden, wobei es jedoch falsch wäre, im Umkehrschluss die Realwirtschaft als die braven Kapitalisten zu bezeichnen.

## FINANZMARKT

Im nächsten Abschnitt des Grundsatzprogramms werden die Vorschläge des ÖGB zur Regulierung der Finanzmärkte nach der Krise 2007/2008 dargestellt. Es werden deutliche strengere und klare Regeln für Finanzinstitutionen sowie mehr Transparenz und eine Reform der Kontrolle gefordert. Die einzelnen Punkte betreffen zum einen den Anlegerschutz, zum zweiten die Regulierung bzw. die Kontrolle der Finanzmärkte und drittens Forderungen bezüglich des österreichischen Bankenpakets.

Für den zweiten Teil, die Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte, fordert der ÖGB einen nationalen institutionalisierten Dialog von Finanzmarktaufsicht, Nationalbank, Regierung und Sozialpartner im Rahmen eines sogenannten makroökonomischen Dialogs.

Weiters werden höhere Eigenkapitalanforderungen für Banken, Gewinnausweise bei „fair-value-Bewertungen“ und verstärkte Kontrolle bei Transaktionen mit Stiftungen, Zweckgesellschaften sowie bei Geschäften mit Derivaten gefordert. Diese Punkte sind durchaus zu unterstützen, sie bleiben aber

durchwegs im Rahmen des bisherigen Systems. Es würde sich lediglich um eine stärkere Regulierung handeln.

Außerdem soll Schluss mit der Willkür von Rating-Agenturen sein. Sie sollen mehr reguliert werden und eine eigene europäische Aufsicht bekommen. Das ist absolut unbefriedigend. Rating-Agenturen sollten ausschließlich im internationalen-staatlich Besitz sein, ebenso sollten keine anderen wirtschaftlichen Abhängigkeiten entstehen. Die Unabhängigkeit von Rating-Agenturen muss gewährleistet werden.

Die Einführung einer internationalen Finanztransaktions-Steuer (Tobin-Tax) wird im Steuerteil gefordert. Auf Gewerkschaftsseite besteht Einigkeit darüber, dass die Schnelligkeit der Finanzmärkte reduziert werden muss. Daher ist es sehr erfreulich, wenn im Grundsatzprogramm die Einführung einer Finanztransaktions-Steuer gefordert wird. Andererseits müssen die Finanzmärkte wieder ihrer Finanzierungsfunktion (und nur dieser!) nachkommen.

## WAS FEHLT

Im Grundsatzprogramm gibt es keine Diskussion über die Schließung von Steueroasen (es sei in diesem Zusammenhang auch an die Wortmeldungen des deutschen Finanzministers Steinbrück erinnert), es gibt keine Diskussion über ein neues Weltwährungssystem (z.B. Bretton Woods 2). Prinzipiell sollte es ein Investmentverbot für bestimmte Arten von Wertpapieren geben, z.B. wenn sie geleveragt sind. Es hat sich herausgestellt, dass viele Investoren, auch Banker, die komplexen Risikostrukturen der strukturierten Produkte nicht verstanden haben. Es muss

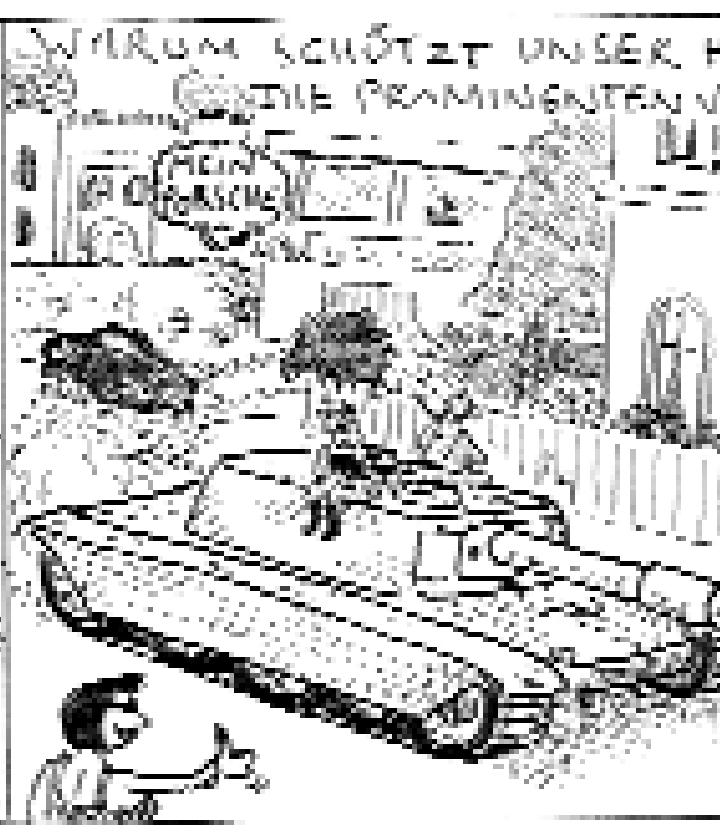
dazu eine internationale Übereinkunft gefunden werden.

Der ÖGB fordert eine Erhöhung der faktischen wirtschaftlichen Mitbestimmung der Belegschaftsvertretung. Das betrifft die demokratiepolitische Ebene, die im Grundsatzprogramm etwas zu kurz kommt. Zum einen sollten nicht nur die BelegschaftsvertreterInnen mehr mitbestimmen, auch die anderen Betroffenen, wie beispielsweise AnlegerInnen oder KreditnehmerInnen, sollten in den entscheidenden Gremien (z.B. Aufsichtsräten) vertreten sein. Die VertreterInnen dieser Gruppen sollten nicht in der Minderheit sein.

Entscheidend aber ist die internationale Dimension. Es sollte zu einer Mitbestimmung all derjenigen kommen, die unmittelbar von den Finanzströmen betroffen sind. Die zwanzig größten und wirtschaftlich wichtigsten Staaten der Welt (G-20) haben sich im April 2009 ihre eigenen Regeln gegeben.

Die Analyse der Finanzmarktkrise im Grundsatzprogramm des Gewerkschaftsbundes beschreibt bestenfalls Teilbereiche der tatsächlichen Vorgänge. Deshalb sind auch die daraus abgeleiteten Forderungen zu einer „neuen Architektur“ der Finanzmärkte lückenhaft bzw. cursorisch. Sie beschränken sich auch nur auf Reregulierungen anstatt systemische Veränderungen zu fordern. Die Forderungen dieses Kapitels des ÖGB-Grundsatzprogramms können m.E. nur unzureichend dazu beitragen, die Situation der ArbeitnehmerInnen in Österreich zu verbessern.

RECHTS EXTREMISMUS? - ABER MIT EINER UNINTERESSANTEN  
**SOMMERT**





7 ER SCHON FRAGE VERBODEN WAS UNS BEWEGT, IST DAS HEISSE

# HEMA

R BEIM POLIZEI-  
ENAL EINFACHEN!

SAR MEINE  
BEKANNTE SAMLUNG  
AM'S GESTERN



UNSERE KRIMINELLEN  
STEHEN ZUR UMSEHLUNG AN

## AMS



ICH KANN  
DIEF BRÄUNEN

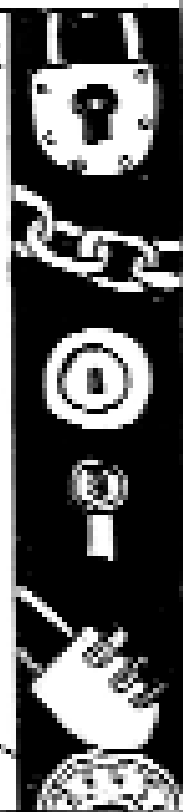
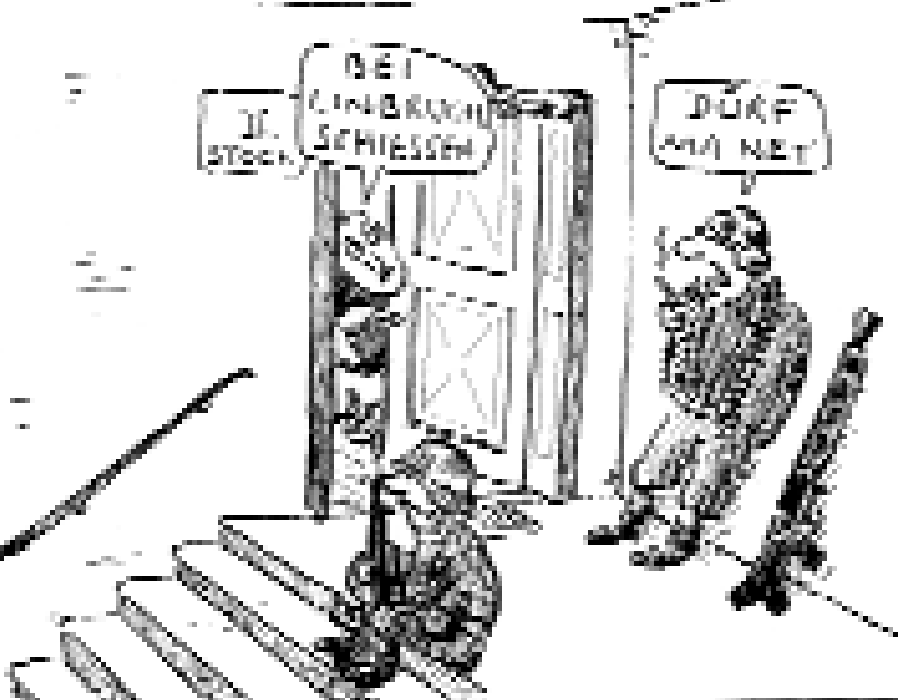
WÄHREND  
AUSLÄNDISCHE  
BANDEN DAS  
LAND VERWÜSTEN



MEER NICHT  
VERTEIL Z



UND WARUM WACHT ES NICHT VOR  
MEINER TÜR?



Mit den Forderungen des ÖGBs zur Arbeitsmarktpolitik wird einmal mehr deutlich, dass die Erwerbsarbeitslose nicht wirklich auf der Agenda des ÖGBs stehen. *Von Veronika Litschel.*

# HALBHERZIG

AM Rahmen des ÖGB-Bundeskongresses im Juni 2009 wurden Forderungen zur Arbeitsmarktpolitik neu aufgestellt. Leider sind diese entweder sehr unkonkret oder reine Willenserklärungen, die im Zuge von Sozialpartnerverhandlungen keine Beachtung finden.

Die Forderungen nach Erhöhung des AMS-Budgets oder der Umsetzung der Ausbildungsgarantie hätten eher etwas in einer Debatte der dringlichsten Maßnahmen zu suchen als in einem Grundsatzprogramm.

Das AMS-Budget wird laufend erhöht, da die Arbeitslosigkeit steigt. Nur alleine diese Erhöhung zu fordern, ohne etwa die Erhöhung der Planstellen, die Neuausrichtung der aktiven Arbeitsmarktpolitik oder Verbesserungen im Arbeitslosenversicherungs-Gesetz wirkt wie aus einem Bewerbungsgespräch im Ministerium.

## DRINGLICHE MASSNAHMEN:

- Die vielbeschworene Ausbildungs-garantie funktioniert nicht. Eine halbe Stunde vor dem AMS für Jugendliche würde reichen, um die bekannten Zahlen zu untermauern. Wo ist die Möglichkeit für arbeitslose Jugendliche, diese Garantie auch einzufordern.

Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf Ausbildung, nur so können wir sicher stellen, dass Jugendliche eine Ausbildung und bessere Chancen für den Einstieg in den Arbeitsmarkt bekommen. Bisher ist es nicht gelungen, Jugendlichen das Gefühl zu nehmen, dass in unserer Gesellschaft am Ende ihrer Schulzeit kein Platz für sie ist. Da ein Rechtsanspruch einklagbar ist, muss damit sicher gestellt werden, dass genügend Ausbildungsplätze vorhanden sind. Nur so kann es zu deutlichen Verbesserungen für Jugendliche am Anfang des Erwerbsarbeitslebens kommen.

- Die Zumutbarkeitsbestimmungen in der Arbeitslosenversicherung müssen dringend reformiert werden. Nicht nur die ersatzlose Streichung der Paragraphen 10 AIVG (Sperrung bei „Verweigerung“) und 11 (Sperrung bei Selbstkündigung) ist dringlichst umzusetzen.

- Ebenso darf Vermittlung von Leiharbeit und Arbeitskräfteüberlassung nur noch auf freiwilliger Basis stattfinden. Auch wenn es für manche Menschen einen erfolgreichen Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt bedeuten kann, bleibt diese Form von Beschäftigung prekär.

In vielen Bereichen (etwa Aufstiegschancen, Fortbildungsmöglichkeiten) sind diese gegenüber den direkt im Betrieb Beschäftigten schlechter gestellt.

- Unhaltbar ist auch der Zustand, dass die zumutbaren Fahrtzeiten auch für durchbrochene Arbeitszeiten gelten. Besonders im Handel wird das deutlich. ArbeitnehmerInnen müssen zu Spitzenzeiten in der Früh und am Abend arbeiten. Dazwischen haben sie frei. Diese arbeitsfreie Zeit verbringen sie im Auto oder in öffentlichen Verkehrsmitteln, da durchbrochene Arbeitszeiten kein Kriterium in der Be-

messung der zumutbaren Fahrtzeit zum Arbeitsplatz darstellen.

- Die aktuellen Qualifizierungsprogramme der aktiven Arbeitsmarktpolitik sind vielfach eine Farce. Die Menschen werden in sinnlose Kurse gesteckt, etwa ein IT-Diplomingenieur zum Computerführerschein oder eine Fremdsprachenkorrespondentin in einen Sprachkurs. Gar nicht zu reden, von jenen, die zum xten Mal ein Bewerbungstraining absolvieren sollen. Diese Kurse dienen nur dazu, die Menschen zu zermürben und ihre Arbeitslosigkeit als individuelles Unvermögen anstatt als Strukturproblem darzustellen.

Gleichzeitig werden erfolgreiche Maßnahmen wie sozialökonomische Betriebe und Beschäftigungsinitiativen drastisch abgebaut.

Forderungen in diese Richtung sind im Leitantrag des ÖGBs nicht zu finden. Vielmehr hat er die Linie der rot-schwarzen Koalition, ein bisschen Kosmetik zu betreiben und Arbeitslosigkeit zu verwalten, übernommen.

## LEITANTRAG OHNE WIRKUNG UND VERBINDLICHKEIT

Mehrfach wird seitens des ÖGBs die beschäftigungspolitische Verantwortung der öffentlichen Hand betont. Leider fehlen Konkretisierungen. Nehmen wir dieses Anliegen ernst, müssen konsequenter Weise alle ÖGB'ler, die gleichzeitig im Nationalrat sitzen, das neue Gesetz zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie ablehnen. In der österreichischen Formulierung dieses Gesetzes werden ohne Not unter anderem die gesellschaftlich wichtigen Bereiche der Bildung und der sozialen Arbeit der Dequalifizierung, dem Lohn-dumping und der Prekarisierung ausge-



VERONIKA LITSCHEL  
IST ARBEITERKAMMER-  
RÄTIN DER AUGÉ.



*Unhaltbar ist der Zustand, dass die zumutbaren  
Fahrzeiten für durchbrochene Arbeitszeiten gelten.  
Besonders im Handel wird das deutlich.*

liefert. Die öffentliche Beschäftigung, wie wir sie heute vielfach kennen, durch ausgegliederte Körperschaften, Fonds und Betriebe oder durch Leistungsverträge mit der öffentlichen Hand, wird im vorliegenden Gesetzentwurf nicht geschützt. Nur direkt bei der öffentlichen Hand Angestellte sind von den Deregulierungen im Zuge der Dienstleistungsrichtlinie ausgenommen. Dieser Anteil der öffentlichen Beschäftigung geht kontinuierlich zurück.

Im ÖGB-Leitantrag ist ein Mindestsicherungsmodell zu finden, dass auf Betreiben und Mitarbeit der AUFG/UG in der Gewerkschaft der Privatangestellten entwickelt wurde und am vorherigen ÖGB-Kongress vorgestellt wurde. Dieses Mindestsicherungs-Modell ist weitreichend, bekämpft Armut und gibt den Betroffenen die Chance, sich auf die Verbesserung der Lebensumstände statt auf die Existenzsicherung zu konzentrieren.

Verfolgen wir die öffentlichen Aussagen hoher ÖGB-Funktionäre zur aktuellen Mindestsicherungs-Debatte, entsteht der Eindruck, als ob dieser Teil des Grundsatzprogrammes schon vor der Drucklegung in der Rundablage verschwunden ist. Die Mindestsicherung des Sozialministers ist kein Konzept, sondern die Vereinheitlichung von Sozialhilfe-Richtsätzen auf extrem niedrigem Niveau, verbunden mit repressiven Anrechnungsvorschriften von Vermögen und eine Mehr an Druck auf

die Betroffenen. Begleitet wird sie von einer unappetitlichen Diskussion über die angebliche soziale Hängematte und das Lohnabstandsgebot. Nach dem Leitantrag müsste spätestens hier der ÖGB auf die Barrikaden steigen, tut es aber nicht.

Erfreulich ist, dass die Erhöhung der Nettoersatzrate in der Arbeitslosenversicherung und der Entfall des PartnerInnen-Einkommens in der Notstandshilfe jetzt zumindest in einem Papier stehen. Aber erinnern wir uns kurz zurück: Der ÖGB wollte seine Zustimmung zur Verlängerung der Kurzarbeit von der Erhöhung der Nettoersatzrate abhängig machen. Passiert ist nichts.

Unsere Sozialpartner, also die ArbeitnehmerInnen-VertreterInnen sitzen wie das Kaninchen vor der Schlange „Ös-

terreichische Wirtschaftskammer“. Dabei geht es schon lange nicht mehr um einen so genannten Sozialpartnerkonsens. Die Machtbalance ist nicht zu letzt durch die strukturelle Arbeitslosigkeit, sowohl in Zeiten der Hochkonjunktur wie in der Wirtschaftskrise, völlig aus dem Gleichgewicht, Konsens ist aber nur unter gleich starken PartnerInnen möglich. Der ÖGB und die Arbeiterkammer haben kaum Druckmittel in den Verhandlungen.

Wir werden deutlicher kämpfen müssen. Es ist an der Zeit die Konsensorientierung aufzugeben und klar zu machen: Hier geht es um das Durchsetzen von Interessengegensätzen.

## **Billige AMS-Zwangsarbeiter im Gemeindedienst**

### **Auszug aus einer E-Mail von Martin Mair:**

GEGKO ist ein gemeinnütziges Beschäftigungsprojekt in der Steiermark. Langzeitbeschäftigungslose Personen werden befristet angestellt und arbeiten bei einer Gemeinde.

Aus gewerkschaftlicher Sicht sollten die Umgehungsverträge bei den „gemeinnützigen Beschäftigungsträgern“ auf keinen Fall hingenommen werden, weil auf diese Weise längerfristig sicher der eine oder andere reguläre Arbeitsplatz durch billigere AMS-Zwangsarbeiter ersetzt werden und reguläre Arbeitsverhältnisse/Kollektivverträge unter Druck geraten („Transitarbeitskräften“ wird ja weder die Qualifikation noch die Vordienstzeit angerechnet). Eine Stellungnahme der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten steht aus.

„Die Profiteure und VerursacherInnen der Krise sollen nun endlich einen Beitrag für den Weg aus der Krise zahlen. Genug gewartet – für weitere Verzögerungen ist keine Zeit. Angesichts einbrechender Steuereinnahmen und wachsender Schulden droht ein weiteres Abwälzen der Krisenkosten auf die ArbeitnehmerInnen“



## SCHARFE KRITIK AN UNTERNEHMENSHAFTUNGSPAKET

IM

Rahmen ihrer Fraktionskonferenz im Vorfeld des ÖGB-Bundeskongresses bekräftigen die Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB (drittstärkste Fraktion und seit 2007 auch im neuen ÖGB-Vorstand vertreten) ihre Forderung nach einem sozial-ökologischen Konjunkturpaket III.

„Die bisherigen Konjunkturpakete greifen zu kurz und bringen weder deutliche Beschäftigungseffekte, noch nachhaltige Wege aus der Krise. Für Unternehmen werden nun großzügige Kredithaftungspakete geschnürt – wieder einmal ohne Auflagen, ohne Bedingungen und durch und durch intransparent – während in den Bereichen Pflege, Bildung und Klimaschutz der allseits bekannte Notstand weiterverwaltet wird. Da muss investiert werden, will mensch den dringenden gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft begegnen,“ so Markus Koza,

**Es braucht Investitionen in Klimaschutz, Pflege und Bildung. Die Unabhängigen GewerkschafterInnen fordern ein sozial-ökologisches Konjunkturpaket III.**

Bundessekretär der AUGÉ/UG und Vertreter der Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB-Bundesvorstand.

### UMVERTEILUNG JETZT

„Die Profiteure und VerursacherInnen der Krise sollen nun endlich einen Beitrag für den Weg aus der Krise zahlen. Genug gewartet – für weitere Verzögerungen ist keine Zeit. Angesichts einbrechender Steuereinnahmen und wachsender Schulden droht ein weite-

res Abwälzen der Krisenkosten auf die ArbeitnehmerInnen. IHS-Felderer hat es bereits angedeutet, mit seiner Forderung nach einer Erhöhung der Mehrwertsteuer,“ fordern die Unabhängigen GewerkschafterInnen raschest den Einstieg in eine umfassende Besteuerung von Vermögen und Spitzengehältern. „Wir werden im Rahmen des ÖGB-Bundeskongresses jedenfalls Taten seitens des ÖGB fordern – schöne Resolutionen alleine reichen nicht.“

### PERSONELLE ENTSCHEIDUNGEN

Auch personelle Entscheidungen wurden im Rahmen der UG-Konferenz getroffen. Lisa Langbein wird – wie bisher – die Unabhängigen GewerkschafterInnen im ÖGB-Vorstand vertreten, Markus Koza das UG-Mandat im ÖGB-Bundesvorstand einnehmen. Zur Stellvertreterin wurde neu Ulli Stein gewählt, Betriebsrätin an der Medizinischen Universität Wien und AK-Rätin für die AUGÉ/UG in der Wiener Arbeiterkammer-Vollversammlung.

Die Wachstumsprognosen für das Jahr 2009 zeigen ein erschreckendes Bild: Im Vergleich zum Vorjahr droht das Wachstum – so die OENB-Prognose – um 4 Prozent einzubrechen. Die Zahl der Arbeitslosen könnte damit die 500.000er Marke erreichen und die Binnennachfrage nachhaltig verringern.

# UG: Für ein sozial-ökologisches Konjunkturpaket III

Die bislang von der Bundesregierung geschnürten Konjunkturpakete werden den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen nicht gerecht. Insbesondere wurden sie zu einem Zeitpunkt beschlossen, als noch Einbrüche von ein bis zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes prognostiziert wurden. Mehrfach wurde daher schon von unterschiedlichsten Seiten ein weiteres Konjunkturpaket – ein Konjunkturpaket III mit den Schwerpunkten Sozialpolitik, Gesundheit, Pflege und Bildung gefordert. Investitionen, die unmittelbar Beschäftigung schaffen, gegen Armut wirken, ein Mehr an sozialem Wohlstand bringen und ohnehin dringend notwendig sind.

Weiters sind zusätzlich Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Investitionen gefordert, die eine mehrfache gesamtgesellschaftliche Dividende versprechen. Investitionen in Klima- und Umweltschutz sind nicht nur beschäftigungintensiv und wachstumsfördernd, sondern bringen eine deutliche finanzielle Entlastung der Haushalte, sowie sinkende CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die Förderung erneuerbarer Energien macht ebenso doppelt Sinn. Sie macht unabhängiger von Öl und Gas und ist ein Investitions- und Konjunkturmotor. Wir wollen ein Konjunkturpaket III, das folgende Maßnahmen umfasst:

## UNTERE UND MITTLERE EINKOMMEN STÄRKEN

- Die Negativsteuer ist im Rahmen einer automatisierten ArbeitnehmerInnenveranlagung auf 450 Euro/Jahr zu erhöhen, um die Kaufkraft einkommensschwächerer ArbeitnehmerInnen deutlich zu erhöhen. Der Einstiegssteuersatz muss gesenkt werden.

- Die bedarfsorientierte Grundsicherung ist umgehend umzusetzen, die Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld auf 80 Prozent zu erhöhen. Nicht nur um Armut im Falle von Arbeitslosigkeit zu verhindern, sondern auch um die Konjunktur in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit nachfrageseitig zu stabilisieren.

## HOHE VERMÖGEN, SPEKULATIONSGEWINNE UND SPITZENEINKOMMEN STÄRKER BESTEUERN

Konjunkturpakete und der Bildungs- und Sozialstaat müssen finanziert werden. Diejenigen, welche die Krise verursacht haben, sollen auch für die Bewältigung der Krise aufkommen.

Daher brauchte es endlich eine ordentliche Besteuerung von hohem Vermögen, Erbschaften und Schenkungen, Spekulationsgewinnen und Vermögenszuwächsen, sowie ein Ende der Steuerprivilegien für Stiftungen. Bis eine europäische Finanztransaktions-Steuer umgesetzt wird, ist die Börsenumsatzsteuer wieder einzuführen.

Und: der Einkommenssteuersatz für Spitzeneinkommen muss erhöht werden.

## INVESTITIONEN IN KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ

- Gebäudesanierungsoffensive: Die Wärmedämmung von Gebäuden hat, gemessen am Investitionseinsatz, die höchsten indirekten Beschäftigungseffekte und bringt den Haushalten eine deutliche finanzielle Entlastung im Bereich der Energiekosten. Energieeffizienz- und Wärmedämmungsmaß-

*Bitte umblättern*

nahmen an öffentlichen Gebäuden sind zu forcieren. Die vorgesehenen budgetären Mittel zur thermischen Sanierung sind deutlich zu erhöhen.

- Investitionen in den öffentlichen Personen-Nahverkehr: diese sind – laut WIFO – beschäftigungswirksamer als Großprojekte – wie etwa der Brenner-Basis-Tunnel – und bringen zusätzlich PendlerInnen eine unmittelbare Entlastung.
- Förderung und Ausbau erneuerbarer Energien durch ein Ökostromgesetz neu.

## GEMEINDEN VOM ÖSTERREICHISCHEN STABILITÄTSPAKT BEFREIEN

Den Gemeinden ist wieder ein breiterer Handlungsspielraum für Investitionen einzuräumen. Gemeinden und Gemeindeverbände sind die wichtigsten Träger der öffentlichen Investitionen, die in den letzten Jahren stark zurückgegangen sind – nicht zuletzt als Folge des innerösterreichischen Stabilitätspakts. Eine Befreiung von diesem schafft den notwendigen Handlungsspielraum und löst einen Investitionsschub aus. Der Bund muss den Kommunen zusätzlich den erleichterten Zugang zu günstigeren Finanzierungsmöglichkeiten z.B. über Anleihen, Zinszuschüsse ermöglichen.

## INVESTITIONEN IN BILDUNG, PFLEGE, SOZIALE EINRICHTUNGEN, GESUNDHEIT UND KINDERBETREUUNG

- Sanierungen von desolaten, gegen die ArbeitnehmerInnen-Schutzbestimmungen verstoßenden Universtitätsgebäuden sind dringendst anzugehen. Die Budgetmittel für Universitäten – zur Umsetzung des Kollektivvertrages für alle Uni-Angehörigen, zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, sowie zur Verbesserung von Lern- und Lehrbedingungen sind auszuweiten.
- Der Ausbau von ganztägigen, bedarfsgerechten, flächendeckenden Kinderbetreuungsplätzen – von Kinderrippen bis zu Ganztagschulen – für Kinder im Alter von 0–3 bzw. 6–12 Jahren ist zu forcieren, fertig geplante Projekte vorzuziehen. Die qualitativ hochwertige Ausbildung von KinderbetreuerInnen und KindergärtnerInnen ist zu intensivieren.
- Schulsanierungsprojekte sind vorzuziehen, der unmittelbar beschäftigungswirksame und aus integrations- und sozialpolitischen Gründen längst überfällige Ausbau der Schulsozialarbeit, der schulpyschologischen Dienste, sowie des IntegrationslehrerInnen-Bereichs ist voranzutreiben.
- Die Ausbildung von qualifiziertem Gesundheits- und Pflegepersonal muss höchste Dringlichkeit bekommen. Über einem aus Steuermitteln finanzierten Pflegefonds sind arbeits- und sozialrechtlich abgesicherte, sowie ordentlich bezahlte Beschäftigungsverhältnisse für PflegerInnen in sozialen Trägervereinen und öffentlichen Pflegeeinrichtungen auszubauen.
- Behebung des Personalnotstandes im Bereich der öffentlichen Dienste, wie zum Beispiel Jugendwohlfahrt, Sozialämter, sowie in Einrichtungen der Daseinsvorsorge.

- Die finanziellen Rahmenbedingungen für Non-Profit-Organisationen im Bereich qualitativ hochwertiger sozialer Dienstleistungserstellung sind deutlich zu verbessern. Förderverträge sollen eine längerfristige Planung – insbesondere auch hinsichtlich der Personalentwicklung – sicherstellen.



## BREITBANDOFFENSIVE

Die Förderung von Breitbandinternet-Infrastruktur schafft langfristig vor allem auch im ländlichen Raum verstärkte Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Leben und schafft kurzfristig durch den Ausbau der Infrastruktur beschäftigungswirksame Effekte.

## MASSNAHMEN IM BEREICH DER ARBEITSMARKTPOLITIK

Längere und qualitätsvolle Programme, die das Nachholen von Bildungsabschlüssen und eine berufliche Umorientierung ermöglichen, sind zu forcieren. Über eine „Aktion 10.000“ sind AMS-geförderte, sozialversicherte Jobs bei NGO bzw. NPO in den Bereichen Kultur, Umwelt, Soziales zu schaffen.

# ARMUTSZEUGNIS

**J**ede sei herzlich eingeladen, einmal einen kurzen Überschlag im Kopf zu machen:

Was kosten Miete, Energie und Heizung monatlich und was bliebe dann von 733 Euro noch zum Leben? Wie kann sich das ausgehen?

Also am Bedarf ist das derzeitige Modell von 12 mal 733 Euro nicht orientiert. Ursprünglich gedacht als Mittel zur Bekämpfung der Armut in einem der reichsten Länder der Welt, ist bei den Verhandlungen grad eine Verwaltung und Zementierung der Armut herausgekommen. Eine Schande ist das.

Pikanterweise gibt es Menschen, die mit der neuen Regelung schlechter dastünden als vorher. Unser Sozialminister verspricht, dass es für diese keine Verschlechterung geben wird. Nur für die, die neu dazukommen halt.

Da hat er bei der Stadt Wien geübt, die hat das bei ihren Ausgliederungen auch so gehalten, Altbedienstete „bleiben gleich“, alle Neuen haben schlechtere Arbeitsbedingungen und Gehälter.

Der Protest, besonders von Gewerkschaftsseite, fällt recht zahm aus. Freilich, es ist eine alte Forderung und allerhöchste Zeit, die Sozialhilfegesetzgebung bundesweit zu vereinheitlichen. Aber doch nicht so!

Dringend und sofort (wann, wenn nicht jetzt?):

- Eine wirklich bedarfsorientierte Mindestsicherung über der Armutsgrenze (die liegt über 900 Euro),
- eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes (der Prozentsatz vom letzten Lohn ist in Österreich viel zu niedrig) und
- eine Bildungs- und Sozialmilliarde!

**Das derzeitige Modell „bedarfsorientierte Mindestsicherung“ wirkt wie glatter Hohn.**

*Von Lisa Langbein.*

Die Finanzierung müsste über die Besteuerung von Vermögen und Vermögenszuwächsen leicht möglich sein und die Finanzwirtschaft hat ihre Milliarden ja schon.



Mindestsicherung

zementiert

Armut

## Unerträgliche Neiddebatte

Als „unerträglich“ bezeichnet Klaudia Paiha, Bundessprecherin der „Alternativen und Grünen GewerkschafterInnen“ (AUGE/UG) die Aussagen von ÖVP-Generalsekretär Kaltenegger: „Wenn Kaltenegger im Zusammenhang mit der Mindestsicherung von einer ‚sozialen Hängematte‘ spricht, zeugt das nur einmal mehr davon, wie weit die ÖVP von den Lebensrealitäten armutsgefährdeter oder in Armut lebender Menschen entfernt ist.“

„In der sozialen Hängematte liegen nämlich tatsächlich ganz andere, nämlich all jene, die von ihren hohen, teilweise in Stiftungen geparkten Vermögen bestens leben, ohne einen nennenswerten finanziellen Beitrag zur Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme und unseres Bildungssystems zu leisten,“ verweist Paiha einmal mehr auf die verteilungspolitische Schiefelage bei Einkommen, Vermögen und Chancen. „In der sozialen Hängematte liegen diejenigen, die großzügig steuerliche Privilegien genießen und weder Erb-, Schenkungs-, Vermögenszuwachs- oder überhaupt Vermögenssteuern zahlen. ÖVP-Kaltenegger schürt selbst eine Neiddebatte gegen diejenigen, die am unteren Ende der Einkommenspyramide leben und nicht mehr wissen, wie sie ihren Alltag finanziell bewältigen sollen, während die ÖVP gleichzeitig eine Debatte rund um ein faires Steuersystem, unter dem

selben Schlagwort ‚Neiddebatte‘ abwürgt,“ kritisiert Paiha einmal mehr die Haltung der ÖVP.

Jedenfalls zeige die von der SPÖ/ÖVP-Bundesregierung betriebene Politik zur Bewältigung der Wirtschaftskrise eine immer bedenklichere verteilungspolitische Schlagseite auf: „Ausfallende Zinserträge aus staatlichem Partizipationskapital, das im Rahmen des Bankenrettungspakets an Banken großzügig gewährt worden ist, gehen inzwischen in dreistellige Millionen-Euro-Beträge. Im Rahmen von Haftungen für Unternehmenskredite ist künftig ebenfalls mit millionenschweren Ausfällen zu rechnen, das hat Bundeskanzler Faymann bereits im Vorfeld der Beschlussfassung des Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetzes angekündigt. Wenn es dagegen gilt, den Sozialstaat armutsfest zu machen – etwa durch eine ordentliche Mindestsicherung oder die Erhöhung des Arbeitslosengeldes – wird der Sparstift angesetzt. Ebenso, wenn es um umfangreiche, gegen Armut und für mehr Chancengerechtigkeit wirkende Investitionen in Bildung, Gesundheit und Pflege geht. Da ist plötzlich kein Geld da. Das ist nicht nur sozialpolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch kurzsichtig. Jedenfalls muss die Mindestsicherung sofort wieder neu verhandelt werden und die ÖVP endlich ihre höchst unsoziale Blockade- und Klientelpolitik aufgeben,“ schließt Paiha. ■



KIV  
KÖRPERLICHE  
INTEGRATION  
VERMÖGENSSTÄRKUNG

LISA LANGBEIN  
IST UG-VORSITZENDE UND  
ARBEITET IN DER KIV.

# IN ERWÄGUNG DER UMSTÄNDE



**IN** der Gehaltserhöhung ist ein Fixbetrag eingearbeitet. Das sehen wir sehr positiv, denn es ist derzeit wichtig, vor allem die niedrigeren Gehaltsgruppen stärker anzuheben.

Übrigens eine wichtige und langjährige Forderung des Namenslistenverbundes „Konsequente Interessensvertretung“ (KIV), dass es nicht nur Prozent-Erhöhungen gibt, sondern dass durch Sockel- oder Mindestbeträge die unteren Gehaltsgruppen mehr angehoben werden.

Umgerechnet auf eine prozentmäßige Erhöhung liegen die Gehaltserhöhungen im Bereich der üblichen Abschlüsse der Gewerkschaften für das Jahr 2009 und durchschnittlich im Bereich der Erhöhung für die Bediensteten der Stadt Wien.

Nur bei den Ist-Gehältern (Gehälter, die über dem Kollektivvertrag liegen), werden viele die Erhöhung als „mager“ sehen. Dies vor allem deshalb, weil noch immer einige MitarbeiterInnen unzufrieden mit den Zuordnungen zu den Modellstellen (zu einer schlechteren Modellstelle als andere) sind und sich erst daraus die „Überzahlung“ und somit eine Erhöhung um „nur“ zwei Prozent ergibt.

Eine zentrale Forderung des Arbeitgebers wurde in nur geringem Ausmaß aufgenommen: Die Erhöhung des Leistungstopfes für die Gehaltsbandgruppe 1 von 3 auf 3,5 Prozent. In Entsprechung der so genannten Leistungszulage bei der Stadt Wien gibt es im FSW auch einen Leistungsanteil im Gehaltsschema des FSW.

Aber: der Prozentanteil bei niedrigeren Gehältern ist auch niedriger als bei höheren Gehaltsbandgruppen. Ein Kompromiss.

Das Ergebnis der Kollektivvertrags-Verhandlungen ist für die KIV akzeptabel. Gewerkschaft und Zentral-Betriebsrat haben sich in den Verhandlungen bemüht, neben der Gehaltserhöhung auch Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen zu schaffen. Seit Jahresanfang 2009 hat sich die Ver-

## Einschätzung der KIV zum Kollektivvertrag 2009 für den Fonds Soziales Wien.

handlungsposition der Gewerkschaften und der Betriebsräte deutlich verschlechtert:

- Wirtschaftskrise,
- drohende Deflation (sehr niedrige Inflation),
- Budget-Krise und
- rasant wachsende Ausgaben im kommunalen Sozialbereich (Sozialhilfe, Jugendwohlfahrt, Kindergärten,...)

üben einen starken Druck auf die politisch Verantwortlichen der Stadt Wien und daher auch auf das Management des Fonds Soziales Wien aus.

In Erwägung dieser Umstände muss das Ergebnis gesehen werden. Insbesondere die Gehaltserhöhung ist ein positives Verhandlungs-Ergebnis, wenn man die „aktuellen Umstände“ kennt und einbezieht.

## Überblick

Die Verhandlungen fanden zwischen

- FSW-Management und
- Gewerkschaft der Gemeindebediensteten & Zentralbetriebsrat statt.

Das Management hatte vor allem das Ziel, den Anteil des so genannten „Leistungsentgelts“ zu erhöhen. Im Nachfolgenden ein Überblick über die erfolgten Änderungen (traten mit 1. Juli 2009 in Kraft):

### Neues Gehaltsschema

- Das Kollektivvertrags-Schema und die Ist-Gehälter werden um zwei Prozent erhöht.
- Die Gehälter laut Schema werden zusätzlich um den Fixbetrag von 20 Euro erhöht. (14x jährlich)
- Der Leistungsanteil wird zusätzlich mit 14 Euro dotiert, dies 14 mal.
- Der Leistungstopf der Gehaltsbandgruppe 1 (Gehaltsbänder 1 bis 4) wird von 3 auf 3,5 Prozent erhöht.
- Die Zulagen und Aufwandsentschädigungen werden um 3,47 Prozent erhöht.
- Die Lehrlings-Entschädigung wird um 3,47 Prozent erhöht.

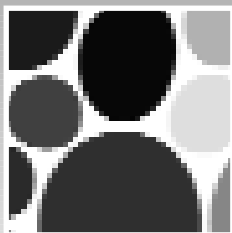
### Neue Regelungen

- Die „Altersteilzeit“ wurde in den Kollektivvertrag aufgenommen: Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen

kann einvernehmlich zwischen Arbeitgeber und ArbeitnehmerIn Altersteilzeit gemäß Arbeitslosen-Versicherungsgesetz vereinbart werden. Die Rahmenbedingungen dazu werden in einer eigenen Betriebsvereinbarung geregelt.

- Mankogeld: Neue Regelung für MitarbeiterInnen, die in Abwesenheit jener ArbeitnehmerInnen, die im KundInnen-Verkehr oder in ihrer täglichen Arbeitsverrichtung ständig mit der Annahme und Leistung von Barzahlungen befasst sind. Sie bekommen zur Abgeltung der damit verbundenen Verlustgefahr je nach Jahresumsatz der Kasse:
  - bis 100.000 Euro: 0,97 Euro täglich,
  - von 100.001 bis 1 Million Euro: 2,59 Euro täglich,
  - ab einer Million Euro: 3,22 Euro tgl.
- Freiquartal ohne Bezüge: MitarbeiterInnen, die mindestens sechs Jahre in einem Dienstverhältnis zum FSW bzw. einem FSW-Tochtergesellschaften stehen, können auf Antrag innerhalb einer Rahmenzeit von zwölf Monaten drei Monate vom Dienst freigestellt werden (Freiquartal), sofern dem keine wichtigen betrieblichen Interessen entgegenstehen.
- Pflegefreistellung: wird auch für Kinder ermöglicht, die nicht im eigenen Haushalt leben.





### Personenkomitee „Wiener Kindergärten“

Susanne Mliner | Sonja Graf | Martina Petzl-Bastecky |  
Diana Weisz | Birgit Zahorak | Martina Geyer

## Was bisher geschah ...

Am 15. Juni 2009 konstituierte sich das parteiunabhängige und überfraktionelle Personenkomitee „Wiener Kindergärten“. Als erster Schritt einer Kampagne

- Für eine nachhaltige Besoldungsreform
- Für spürbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen

wird eine breit angelegte Unterschriftenaktion – zunächst bei den Beschäftigten der Stadt Wien-Kindergärten – beschlossen.

Entscheidend für diesen Entschluss war die eklatante Personalnot in der MA 10, die damit verbundene rapide Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und vor allem die Tatsache, dass jahrelange Forderungen nach angemessener Bezahlung für die verantwortungsvolle Tätigkeit in den Wiener Kindergärten bislang ungehört verhallten.

Ideen für die Weiterführung der Kampagne – falls notwendig – gibt es viele: Regionale Protestversammlungen, öffentliche Dienststellenversammlung am Rathausplatz, Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit, punktuelle Warnstreiks in den Regionen, wienweiter Streik, wenn sich in den Verhandlungen nichts bewegt...

In der Zwischenzeit gibt es bereits brauchbare Kontakte zu anderen Initiativen (Berufsgruppe, Kindergartenaufland, EduCare, u.ä.) und zu privaten Trägerorganisationen.

Die „Schallmauer“ ist durchbrochen:

### 2558 Unterschriften aus 217 Häusern

Über 2000 KollegInnen haben bereits unterschrieben. Und es können noch viel mehr werden. Zum Downloaden findet ihr unter <http://members.chello.at/wiener.kindergarten> eine Liste mit den Häusern, die bereits gefaxt haben. Wer hat Kontakte zu einem der anderen Kindergärten und würde dort einmal freundlich „anklopfen“? Sicherheitshalber stellen wir auch eine leere Liste zur Verfügung – am fehlenden Formular soll die Sache nicht scheitern! Ebenfalls zum Herunterladen: Überlegungen zur Besoldungsreform samt Einkommensvergleichen, die von der KIV zur Verfügung gestellt wurden.

### Wie geht's weiter

Vieles kann passiert sein: die Liste ist unauffindbar, eine Kollegin hat sie mit im Urlaub, manche meinen vielleicht, es wäre noch viel Zeit. Und natürlich ist es auch legitim, sich an der Unterschriftenaktion nicht zu beteiligen. Freilich kann noch weiter gesammelt werden. Schließlich steht der Übergabetermin beim Stadtrat noch nicht fest.

Am **18. September 2009** findet die nächste Zusammenkunft des Personenkomitees und der Erstunterzeichnerinnen statt: Um 18 Uhr im Club, Große Mohrengasse 42, 1020 Wien.

Besprochen werden sollte:

- die Konkretisierung der Gehaltsforderung für PädagogInnen und AssistentInnen (Material dazu wird noch geschickt)
- sowie eine Punctuation mit den Wünschen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen (kurz- und langfristig).



Liebe Grüße  
Martina Petzl-Bastecky

Deine Meinung, Bereitschaft zum Mitmachen, Kritik bitte an: [mpb@chello.at](mailto:mpb@chello.at)



# „Yes, YOU can!“

*die Chance währt aber nicht lange“*

Am 25./26. November 2009 gibt es wieder Personalvertretungswahlen im Öffentlichen Dienst. Du hast die Möglichkeit zu kandidieren. Wie, das können wir (UGÖD) Dir sagen.

#### Warum, das erfährst Du gleich hier:

- Du willst deine Ideen für Veränderungen einbringen.
- Du bist für den Schutz von ArbeitnehmerInnenrechten.
- Du willst durch deinen Beitrag solidarisches Zusammenleben ermöglichen.
- Dich reizt und beflügelt das Abenteuer einer neuen Aufgabe.

#### Eines versprechen wir Dir:

Du sammelst viele neue Erkenntnisse und lernst etliches dazu. Unter anderem die Erfahrung von Solidarität, und du kannst für eine solidarische Gesellschaft kämpfen.

## Interesse?

### Bist du ein/e KandidatIn ..., ruf uns an – wir freuen uns:

Thomas Vanorek	(0664) 80 01 63 63 11	thomas.vanorek@meduniwien.ac.at
Gary Fuchsbauer	(0680) 212 43 58	fuchsbauer@oeli-ug.at (alle Schulbereiche)
Reinhart Sellner	(01) 407 09 85	sellner@oeli-ug.at (UGÖD-Vorsitzender)
Dieter Kaltenbeck	(0664) 370 93 93	dieter.kaltenbeck@ugoad.info (Steiermark)

Liebe KollegInnen, bitte den Text kopieren / weitergeben / plakatiere

Die Krise brachte es: „Mehr Staat, weniger Privat“ verlautete es nun aus konservativem Munde. „Mehr Staat“ gibt es tatsächlich. Nämlich noch mehr Staat von Eliten für Eliten. *Von Markus Koza.*

# STAAT MARKT KRISE

**H**ier Staat. Da Markt. Die Krise ist ein Folge von zu viel Markt und zu wenig Staat. Vollkommen deregulierte und liberalisierte Märkte haben uns die größte Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit beschert. Der Staat wurde über die letzten Jahre zu sehr zurückgedrängt. Daher braucht es nun wieder mehr Staat: mehr Regulierungen, mehr staatliche Eingriffe. Der Staat soll nun wieder richten, was der Markt ruiniert hat.

Der einstige Kampfspruch der Neoliberalen „mehr Privat, weniger Staat“ wird nun wieder zurecht gerückt. Staat und Markt werden als zwei gegensätzliche Akteure in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gesehen.

Nur – ist der Befund tatsächlich richtig? Stimmt es denn tatsächlich, dass der Neoliberalismus nur ein „mehr Privat, weniger Staat“ bedeutet hat? Oder hat der Neoliberalismus nicht einfach auch einen „anderen“, statt nur „weniger“ Staat gebracht?

## NEOLIBERALER UMBAU

In der sozialdemokratischen Zeitschrift „Zukunft“ hat der Politikwissenschaftler Ulrich Brand, Professor für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft an der Uni Wien einen Beitrag unter dem Titel „Schlechter Markt – guter Staat?“ veröffentlicht, der sich mit dem vermeintlichen Gegensatzpaar Staat-Markt auseinander-

setzt. Er zeigt sich in diesem Artikel auch recht illusionslos hinsichtlich der Möglichkeit, dass aus der Wirtschaftskrise heraus nun neue Möglichkeiten einer progressiven Politik entstehen könnten. Vielmehr befürchtet er, dass sich in vielen europäischen Ländern eine Variante eines autoritären Neoliberalismus herausbilden wird. Doch beginnen wir von vorne. Brand spricht davon, dass eines der größten Probleme der gegenwärtigen Krisendiagnosen bzw. -politiken, quer durch das gesamte politische Spektrum, darin begründet ist, dass einer Art „Markt-Staat-Dichotomie auf den Leim gegangen wird.“ Staat und Markt also als gegensätzliches Paar verstanden werden: „Dabei wird unterschätzt, dass es durchaus Marktregulierungen gab, die jedoch spezifische Gruppen bevorzugen und andere nicht, und dass der Staat selbst transformiert wurde.“ Was beinhaltet die Transformation des Staates? Brand weiter: „Neoliberalismus war nicht lediglich ein Projekt von ‚mehr Markt‘, sondern impliziert einen grundlegenden Gesellschaftsumbau: Hin zu mehr Konkurrenz, zu mehr Macht für die Eliten, zu höherer gesellschaftlicher Produktivität, zu einem Umbau des Staates, zu einer intensiveren Nutzbarmachung der natürlichen und menschlichen Potentiale von anderen Ländern und Weltregionen – und weg von Gerechtigkeit zielenden und Marktmacht korrigierenden Politiken.“

Joachim Hirsch hat in diesem Zusammenhang den Begriff des „nationalen Wettbewerbsstaates“ geprägt: der Staat sei im Globalisierungsprozess keineswegs verschwunden, sondern habe sich tiefgreifend verändert: „Sozialpolitische Funktionen werden zurückgedrängt, wettbewerbspolitische gewinnen an Bedeutung. Gesellschaftliche Gestaltung gegen herrschende Interessen wird aufgegeben zugunsten einer

am ‚ökonomisch Machbaren‘ orientierten Realpolitik. Die politische Klasse bringt das auf den Punkt: ‚Deshalb muss internationale Wettbewerbsfähigkeit der erste, klarste Bezugspunkt für nationale Politik sein‘ (Zitat des ehemaligen deutschen SPD-Wirtschaftsminister Clement, 12. Juni 2005). Sinkende Steuereinnahmen und das Dogma, dass ‚der Markt‘ es besser könne, führen zudem zu Privatisierung vormals öffentlicher Unternehmen und der Daseinsvorsorge. Die Demokratie des Wettbewerbsstaates reduziert jene tendenziell darauf, inwieweit sie zur Herstellung internationaler Wettbewerbsfähigkeit beiträgt.“

Bei allen Deregulierungen im Bereich der Märkte bzw. der Sozialstaatlichkeit diagnostiziert Brand allerdings gleichzeitig ein Zunahme von staatlichen Regulierungen, etwa im Bereich der Sicherheits-, der Militär- oder Migrationspolitik: „Es geht also nicht pauschal um verringerte Regulierungskompetenzen der nationalstaatlichen politischen Institutionen, sondern um spezifische – und weiterhin umkämpfte – Veränderungen staatlicher Politik, die zuvorderst den Interessen dominanter Gruppen nutzen.“

## „WENIGER STAAT?“

Dass die wirtschaftspolitische Rolle des Staates auch im neoliberalen Zeitalter der letzten Jahre dominant war bzw. ist, belegt die Entwicklung der Staatsquote. Diese sind zwar tatsächlich rückläufig, was angesichts der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der letzten Jahrzehnte nicht weiter verwundert. Wer angesichts neoliberaler Deregulierungs-, Liberalisierungs- und Privatisierungswut einen dramatischen Rückbau der Staatsquoten erwartet

*Bitte umblättern*



**MARKUS KOZA**  
IST UG-VERTRETER IM  
ÖGB-BUNDESVERSTAND  
UND MITARBEITER DER  
AUGE/UG IN WIEN.

hat, wird allerdings überrascht sein (alle Daten Statistik Austria):

- In Österreich betragen die gesamten Staatseinnahmen (Steuern, Abgaben, Gewinne staatlicher Unternehmen etc.) im Jahr 1976 etwa 43,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) und erreichten 1996 einen Spitzenwert von 51,7 Prozent. Im Jahr 2002 – man erinnere sich, eine schwarz-blaue Koalition regierte das Land, dessen Finanzminister sich ja ganz stolz dem Neoliberalismus verschrieben hatte – erreichte die Staatseinnahmenquote hohe 50,1 Prozent, um bis zum Jahr 2008 wieder leicht auf 48,2 Prozent des BIP zu sinken. Die Staatseinnahmen sind leicht rückläufig, was u.a. auch in der Privatisierung öffentlicher Unternehmen begründet liegt.

- Bei den Staatsausgaben läßt sich tatsächlich ein signifikanter Rückgang beobachten: Lagen diese 1980 noch bei 49,7 Prozent des BIP, stiegen sie bis 1995 auf 56,3 Prozent des BIP. Über die 90iger Jahre hinweg bewegten sie sich bis zum Jahr 2004 (54 Prozent) bei über 50 Prozent um bis 2008 auf 48,7 Prozent zu sinken. Dabei darf allerdings nicht unberücksichtigt bleiben, dass ein großer Teil der Reduktion der Staatsausgaben auf Ausgliederungen zurückzuführen ist – und ausgegliederte Betriebe – und seien sie auch zu 100 Prozent in Staatsbesitz – vielfach nicht mehr dem Sektor Staat zugeordnet werden. So wurden in den 1990er Jahren große öffentliche Infrastrukturunternehmen und Investoren wie ÖBB, Post, Telekom, ASFINAG ausgegliedert. Große Ausgliederungswellen folgten 1997 und 2001.

Trotz sinkender Staatsquoten als Folge neoliberaler Politik: von einem dramatischen Rückbau des Staates insgesamt kann nur schwerlich die Rede sein. Wovon jedoch die Rede sein kann bzw. muss, ist der Umbau von Staatlichkeit, sowohl bei der Einnahmen- als auch der Ausgabenseite. Einnahmenseitig kam es über die letzten Jahrzehnte zu einer deutlichen Entlastung einkommensstarker und vermögender Gruppen, sowie großer Unternehmen (Steuerprivilegien für Privatstiftungen, Abschaffung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Spitzensteuersatzes von 62 Prozent, Senkung des Körperschaftssteuersatzes, Erhöhung von Massensteuern etc.), ausgabenseitig zu

scharfen Einschnitten in den Sozial- und Bildungsstaat (Selbstbehalte im Gesundheitswesen, Pensionsreformen, verschärfte Zumutbarkeitsbestimmungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung, Sparpakete I und II, Einsparungen bei StudentInnen, Universitäten und Schulen, Ausgliederungs- und Privatisierungswellen etc.).

Was also massiv stattgefunden hat – auch in Österreich – war der Umbau von Staatlichkeit: vom „keynesianischen Wohlfahrtsstaat“ zum „neoliberalen Wettbewerbsstaat“ und entsprechende staatliche wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung.

Dadurch wird die Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten am gesellschaftlichen Wohlstand – über den neoliberalen Umverteilungsprozess von unten nach oben – deutlich eingeschränkt. Mit der Umverteilung von Einkommen, Vermögen, Chancen, von unten nach oben findet auch eine Umverteilung von politischer Partizipation, von demokratischer Mitsprache statt, weil die Frage der politischen Teilhabe und der politischen Einflussnahmen und der politischen Interessensformulierung eng mit der Frage wirtschaftlicher Potenz verknüpft ist.

Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse – etwa der Einfluss der Gewerkschaften – haben sich im Zuge des neoliberalen Umbaus (das ist keine neue Erkenntnis) also verschoben.

Diese Verschiebung der Kräfteverhältnisse findet ihren Niederschlag nun auch in den Maßnahmen zur Krisenbewältigung, so Brand: „Sie (die Krisenbewältigung, Anm.) ist von oben gestaltet und setzt nicht auf die Umverteilung von Vermögen (dessen Verteilung sich krisenbedingt etwas angleichen wird) und von politischer Macht. In der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise dominieren staatsinterventionistische Politiken, die auf den ersten Blick nicht mehr neoliberal sind, aber bei genauerem Hinsehen eben jene mächtigen Gruppen bevorzugen, die in den letzten zwanzig Jahren von den neoliberalen Entwicklungen profitierten.“

Am deutlichsten wird das bei den laschen Kontrollen des österreichischen „Bankensicherungspaketes.“ Und nicht nur dort. Sondern auch bei der Steuerreform und beim Unternehmensliquiditätsstärkungs-Gesetz.



## Krisenbewältigung: Von Eliten, für Eliten

### *Beispiel: Bankenpaket*

Die Erste Bank verkündete einen Halbjahresnettogewinn von einer halben Milliarde Euro. Im Krisenjahr 2009. Die Bank Austria legte mit einem Gewinn von 833 Millionen Euro nach. Das Bankenpaket hat's ganz offensichtlich gebracht. Allerdings ist aus dem von Finanzminister Josef Pröll versprochenen Bombengeschäft für die Republik Österreich nicht viel geworden. Wir erinnern uns: binnen kürzester Zeit wurde von SPÖ und ÖVP ein Bankenrettungspaket im Umfang von 100 Milliarden Euro beschlossen. 15 Milliarden Euro daraus sollten als Partizipationskapital zur Stärkung der Eigenkapitalbasis den Banken zur Verfügung gestellt werden. Soll keiner sagen, das wäre „weniger“ Staat. So viel Staat hat es schon lange nicht mehr gegeben! Dafür sollten die Banken 8 bis 9,3 Prozent Zinsen an den Staat zahlen. Mitspracherechte oder irgendwelche Auflagen waren damit nicht zwingend verbunden. Diese sollten im Rahmen der Vereinbarungen geregelt werden. Anders als in Deutschland sind mit der Gewährung von Partizipationskapital weder eine Beschränkung von Managereinkommen, Bonizahlungen, noch eine Einschränkung von Dividendenausschüttung verbunden. Von Eliten, für Eliten. Inzwischen haben vier Banken Partizipationskapital in Anspruch genommen. Unter welchen Bedingungen ist unbekannt, die Verträge sind nicht offengelegt. Dramatisch dürften sie allerdings nicht sein. Das „Profil“ vom 10. August 2009 berichtet etwa davon, dass lediglich die Bank Austria ihr Boni-System für Manager geändert



hätte und die Erste-Bank an einem derartigen „bastelt“: „Doch die restlichen Häuser haben beim profil-Rundruf knapp zu Protokoll gegeben, es gebe dafür keinen Bedarf,“ verlautet das Profil. Jedenfalls haben bislang vier Banken die Staatshilfe in Anspruch genommen. Die Erste-Bank bekam 2,2 Milliarden Euro Partizipationskapital, die Raiffeisen Zentral Bank 1,75, die Volksbank eine, die Hypo Group 0,9 Milliarden Euro Partizipationskapital. Zwei weitere Banken – die BAWAG und die Bank Austria – stünden demnach – so „Profil“ in Verhandlungen. Für das Jahr 2010 hat der Finanzminister stolze 582 Millionen Euro an Einnahmen verbucht. Daraus wird allerdings nichts werden. Denn: wer keine Gewinne macht muss laut Vertrag auch keine Dividenden abführen. Und: sowohl die Volksbank als auch die Kärntner Hypo Alpe Adria haben bereits angekündigt, dass es im Jahr 2009 keine Gewinne und ergo keine Dividenden für die Republik geben würde. Ein Ausfall von geschätzten 150 bis 160 Millionen Euro. Gleichzeitig kostet den Staat natürlich die Bereitstellung von Partizipationskapital für die Banken auch was: er muss ja die Gelder auch irgendwo am Kapitalmarkt aufstellen, diese refinanzieren. Nach „Profil“ kostet die Refinanzierung, bei 3 Prozent Zinsen, der Republik Österreich in Summe 177 Millionen Euro. Somit bleibt der Republik Österreich – so „profil“ – bei 320 Millionen Euro Einnahmen Dividenden aus Partizipationskapital (180 Millionen Erste Bank, 140 Millionen RZB) gerade einmal noch 143 Millionen Euro. Im „Wirtschaftsblatt“ vom 28. Juli wird

Harald Waiglein, Sprecher von Finanzminister Pröll damit zitiert, dass man im Finanzministerium davon ausgehe, dass „... über einen längeren Zeitraum 75 Prozent der Dividenden geleistet würden.“ Die Bankenrettung, ein Bombengeschäft? Vor allem für die Aktionäre der Erste-Bank, wird Bruno Rossmann, AK-Budgetexperte im „Profil“ zitiert: der Aktienkurs der Erste Bank sei in den Folgemonaten nach der ersten Kapitalspritze Mitte April um das über Dreifache angestiegen. Die Arbeiterkammer beklagt gleichzeitig, dass Zinssenkungen der Europäischen Zentralbank nicht an die KundInnen weitergegeben würden. Laut Österreichischer Nationalbank haben die Banken die Kreditkonditionen für Firmen trotz anhaltender Krise weiter verschärft. Ein wesentliches Ziel des Bankenrettungspakets – nämlich der leichtere Zugang zu Bankkrediten für Unternehmen – wurde offensichtlich verfehlt. Weltweit kassierten auch in Krisenzeiten und trotz staatlicher Finanzspritzen Manager und Führungskräfte in Banken Spitzenlohn und Boni, als ob nichts gewesen wäre. Auch in Österreich. In einigen Ländern – wie etwa der BRD – wurde darauf mit Gesetzen reagiert. Nicht so in Österreich. Hier sind selbst moralische Appelle an die Bankenspitzen nicht mehr zu vernehmen. Von Eliten für Eliten ....

#### *Beispiel: Steuerreform*

Abgesehen davon, dass Steuerreformen in der Regel eher als untaugliches Mittel zur Konjunkturbelebung angesehen werden, weil ihre Beschäftigungswirkung (Beschäftigungsmultiplikator)

deutlich unter jener anderer Maßnahmen bleibt – in Österreich wird die Steuerreform zu den Konjunkturpaketen gezählt. Inclusive Familienpaket umfasst dieses stolze 3,2 Milliarden Euro. Und auch die Steuerreform – wie in „Der Alternative“ bereits analysiert – kann getrost als Umverteilungsprozess zu den gesellschaftlichen und finanziellen Eliten bezeichnet werden. Die reichsten 8 Prozent Prozent aller EinkommensbezieherInnen erhalten 21 Prozent des gesamten Entlastungsvolumens aus der Tarifreform. In absoluten Zahlen 440 Millionen Euro, das Familienpaket noch gar nicht dazu gerechnet. Erb- und Schenkungssteuer im Ausmaß von rund 150 Millionen Euro wurden bereits im letzten Jahr abgeschafft. Ein Steuergeschenk an die Reichsten: So sorgten schließlich im Jahr 2006 etwa 3 Prozent der Erbfälle für 56 Prozent des gesamten Erbschaftssteueraufkommens, 30 Personen die mehr als eine Million Euro geerbt hatten sogar für ein Viertel aller Einnahmen aus der Erbschaftssteuer. Vermögen, Vermögenszuwächse oder gar Erbschaften und Schenkungen bleiben weitestgehend unbesteuerter. Auch nach dieser Reform. Keine Entlastung erhielten dafür all jene, deren Einkommen so niedrig ist, dass sie keine Lohnsteuer zahlen. Die Negativsteuer, die tatsächlich nachfragewirksam und arbeitsbekämpfend wäre, wurde nicht erhöht. Obwohl selbst eine deutliche Erhöhung von derzeit. maximal 110 Euro/Jahr auf 450 Euro/Jahr gerade einmal das Entlastungsvolumen für die reichsten 8 Prozent ausgemacht hätte. Von Eliten für Eliten ...

#### *Beispiel: ULSG*

Kurz vor der Sommerpause wurde im Nationalrat das Wortungetüm „Unternehmensliquiditätsstärkungs-Gesetz“ beschlossen. 10 Milliarden Euro aus dem 100 Milliarden-Euro schweren Bankenpaket werden für staatliche Garantien für Unternehmenskredite locker gemacht. Mit bis zu 300 Millionen Euro haftet die Republik und damit die SteuerzahlerInnen, in der Mehrheit ArbeitnehmerInnen, für Einzelkredite von Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten, die Haftungsquote des Bundes liegt zwischen 30 und 70 Pro-

*Bitte umblättern*

zent. Die Industriellenvereinigung (IV) hat es gefordert, die IV hat es bekommen, die IV hat es bejubelt. Auflagen hinsichtlich Beschränkung von Managergehältern, Boni, Dividendenausüttungen oder Arbeitsplatzgarantien gibt es auch hier keine. Das etwa die im Gesetzesentwurf festgeschriebene „Angemessenheit der Vergütung, von Organen, Angestellten und wesentlichen Erfüllungshelfern“ der Unternehmen über den Verordnungsweg vom Finanzminister geregelt werden soll, verheißt angesichts der Erfahrungen mit dem Bankenpaket nichts Gutes. Größtmögliche Transparenz bei der Vergabe der Kreditgarantien – etwa gegenüber dem Parlament – herrscht natürlich auch nicht. Mann will ja unter sich bleiben ... Bundeskanzler Faymann hat bereits Befürchtungen dahingehend geäußert, dass öffentliche Garantien für Unternehmenskredite auch durchaus schlagend werden könnten und die Republik einiges kosten könnten. Jedenfalls ist das ULSG beschlossen worden. Für die Abwicklung ist die Kontrollbank zuständig. Die Tageszeitung „Die Presse“ berichtet am 29. Juli 2009 bereits davon, dass sich bereits Mitte Juli 80 Unternehmen für Kreditgarantien im Umfang von vier Milliarden Euro gemeldet hätten. Aufgefallen ist im Vorfeld des Beschlusses zum ULSG einmal mehr Finanzminister Pröll. Der ortete bereits einen Kandidaten für eine Kreditgarantie à la ULSG – nämlich den Magna-Konzern. Durch eine Kreditgarantie, im Rahmen von 300 Millionen Euro, könnte so die geplante Übernahme von Opel durch Magna unterstützt werden. Wir erinnern uns: Magna war jener Konzern, der seinen Angestellten deutliche Gehaltskürzungen abringen wollte, weil es die Wirtschaftslage nicht anders zuließe. Um ein paar Tage darauf bekannt zu geben, dass der Konzern gerne Opel übernehmen würde. Von Eliten für Eliten.

Die Verabschiedung des ULSG – immerhin Staatshaftungen im Ausmaß von bis zu 10 Milliarden Euro – ging übrigens ziemlich schnell. Das Bankenpaket – im Ausmaß von 100 Milliarden Euro, Garantien und Eigenkapitalstärkung – noch schneller. Elitenrettung. Elitensanierung.

Deutlich mehr Zeit lässt mensch sich dagegen bei der Schnürung von Sozial-

paketen. Falls, ja falls sie überhaupt geschnürt werden. Hier wird jeder Steuereuro zwei-, wenn nicht dreimal umgedreht. Wenn sie nicht schon im vorhinein abgeschmettert würden. Schließlich geht es hier ja nicht um die Rettung von Eliten. Eine Erhöhung der Nettoersatzrate des Arbeitslosengeldes auf 80 Prozent würde rund 600 Millionen Euro kosten. Sie kommt nicht. Zu teuer. Die bereits erwähnte Erhöhung der Negativsteuer auf 450 Euro/Jahr kommt nicht. Sie würde rund 450 Millionen Euro kosten. Die Mindestsicherung kommt. Aber erst im Herbst 2010. Und zusammengestrichen. Statt 14 x gibt es nur 12 x 733 Euro. Geschätzte 20 Millionen Euro hätte die 14-malige Auszahlung mehr gekostet. Zu teuer. Macht 8.796 Euro im Jahr statt 10.262. Bei den Ärmsten kann runtergeräumt werden. Von „sozialer Hängematte“ ist wieder einmal die Rede, in die sich die Arbeitsunwilligen legen würden. Die Stigmatisierung derjenigen, die einer Mindestsicherung bedürfen geht schon los, bevor sie kommt. Auflagen werden kommen. Scharfe Auflagen, davon können wir ausgehen. Für 733 Euro im Monat, für 8.796 Euro im Jahr. Das Paket zur finanziellen Absicherung der Krankenkassen? Aufgeschoben, ist neu zu verhandeln, ist zu teuer. Zuerst müssen einmal Sparkonzepte her. Ein Konjunkturpaket Soziales und Bildung? Mehr Geld für Pflege und PflegerInnen, faire, arbeitsrechtlich abgesicherte und ordentlich entlohnte Arbeitsbedingungen in Pflege? Mehr Geld für Schulsozialarbeit, SchulpsychologInnen, KindergärtnerInnen, IntegrationslehrerInnen, für Schulen, Kindergärten, Kinderkrippen, ganztägige Kinderbetreuung und, und, und? Nichts da, gibt's nicht. Außer dem verpflichtenden Vorschuljahr. Zu wenig. Mehr Geld für Klimaschutz, Ökoenergien, thermische Sanierung – wir erleben schließlich ja nicht nur eine dramatische Wirtschafts-, sondern auch eine Klima- und Energiekrise? Gibt es auch nicht.

Großzügig zu den Eliten. Knausrig zum Rest. Was machen schon Dividendenausfälle für den Staat in dreistelliger Millionen-Euro Höhe. Ist alles bereits berücksichtigt. 440 Millionen Euro für die 8 Prozent Reichsten? Kein Problem, wir haben's ja. Bei der Sanierung des Staatshaushaltes werden

„wir“ es nicht mehr haben. Dann werden „wir“ wieder unseren Beitrag leisten müssen.

### PERSPEKTIVE „AUTORITÄRER NEOLIBERALISMUS“?

Brand: „Wir erleben derzeit ein Paradox, das progressive Politik begreifen und Umgangsweise dafür entwickeln muss. Zum einen gibt es eine Legitimationskrise neoliberaler Politik, gleichzeitig erleben wir aber keine grundlegende Veränderung neoliberaler Kräfteverhältnisse.“ Die aktuelle Gefahr sieht Brand darin, „... dass wir auf eine autoritäre Variante des Neoliberalismus hinsteuern.“ Dass viele von Abstiegsangst bedrohte Menschen eher zu autoritären statt zu progressiven Lösungen tendieren, hat uns die Geschichte schon mehrmals dramatisch vorgeführt. Im Jahr 2008 können sich insgesamt 21 Prozent der Bevölkerung, davon 5 Prozent „sehr gut“ beziehungsweise 16 Prozent „ziemlich gut“ vorstellen, einen „starken Führer zu haben, der sich nicht um ein Parlament und Wahlen kümmern muss“. Vor zehn Jahren lag der Anteil noch bei zehn Prozent.\*) Die Linke – die parteipolitische wie auch die gewerkschaftspolitische – steht in diesem Zusammenhang vor einer enormen Herausforderung. Noch „mehr“ von dieser Art von Staat können und dürfen wir uns nicht leisten. Wer „mehr Staat“ will, muss dazu sagen, welchen. Die Linke muss dem drohenden neoliberalen, autoritären Elitenstaat eine glaubwürdige, annehmbare und verständliche Alternative entgegensetzen. Das heißt allerdings gesellschaftliche Auseinandersetzung. Auseinandersetzung mit dem Herrschafts- und Allmachtsanspruch der ökonomischen und politischen Eliten. Das heißt Kampf für mehr Demokratie, Teilhabe an Wohlstand, Chancen, Mitbestimmungsmöglichkeiten an wirtschaftlichen Prozessen. Das heißt Verteilungskampf. Und in dem befinden wir uns in Zeiten der Krise ohnehin.

„Die Österreicher innen – Wertewandel 1990–2008“, Christian Friesl/Ursula Hamachers-Zuber und Regina Polak, Hsg.

Demokratische Republik Kongo:

## MENSCHENRECHTLER VERHAFTET

**G**olden Misabiko ist Vorsitzender der Menschenrechtsorganisation „Afrikanische Vereinigung für den Schutz der Menschenrechte“ (ASADHO) der Provinz Katanga.

Die Organisation veröffentlichte vor kurzem einen Bericht, in dem sie die Regierung der Mittäterschaft bei der illegalen Uran-Förderung beschuldigte.

### VERHAFTUNG DURCH GEHEIMDIENST

Golden Misabiko wurde am 24. Juli 2009 von Mitarbeitern des Geheimdienstes in der Provinzhauptstadt Lubumbashi festgenommen. Derzeit wird er im Gebäude der Staatsanwaltschaft festgehalten. Dort schläft er unter freiem Himmel auf einem Pappkarton, da die Zellen überfüllt und schmutzig sind.

### KEINE FREILASSUNG AUF KAUTION

Am 29. Juli ordnete das Gericht zum Zwecke weiterer Ermittlungen und möglicher Anklageverfahren wegen „Gefährdung der Staatssicherheit“ und „Verleumdung“ eine 15-tägige Haftstrafe für Golden Misabiko an. Der von Golden Misabikos AnwältInnen eingelegte Einspruch und der Antrag, ihn auf Kaution freizulassen, wurden vom Gericht abgelehnt. Die Justizbehörden Katangas scheinen politisch unter Druck gesetzt zu werden, Golden Misabiko gefangen zu halten.

### KRITISCHER BERICHT ÜBER ILLEGALE URANFÖRDERUNG

ASADHO/Katanga hatte am 12. Juli einen Bericht über die Uranmine Shinkolobwe veröffentlicht, die im Jänner 2004 aus Gründen der nationalen Sicherheit und aufgrund des Sicherheitsrisikos für die Bevölkerung geschlossen wurde. Militärs und BeamtInnen wurde im Bericht vorgeworfen, an der illegalen Uranförderung in der Shinkolobwe-

**Golden Misabiko wird seit Ende Juli 2009 gefangen gehalten.**



*Helpen Sie mit:*

- Appellieren Sie an die Behörden und fordern Sie die Freilassung von Golden Misabiko: [amnesty.at/gewerkschafterInnen/](http://amnesty.at/gewerkschafterInnen/)
- Weiters können Sie dem Gouverneur der Provinz Katanga, Moïse Katumbi Chapwe, eine Nachricht hinterlassen: [www.katanga.cd/misc/contact.php](http://www.katanga.cd/misc/contact.php).

**AMNESTY INTERNATIONAL**



Mine beteiligt gewesen zu sein. Weiters wurde die unzureichenden Vorkehrungen zur Sicherung der Mine seitens der Behörden kritisiert.

Ein weiterer Kritikpunkt, der in dem Bericht angeführt wurde, war die fehlende Transparenz bei einem Abkommen zwischen der Regierung und dem französischen Kerntechnikunternehmen AREVA, in dem AREVA Rechte zur Suche nach und Förderung von Uran in der Demokratischen Republik Kongo zugesichert wurden.

[ug-oegb.at](http://ug-oegb.at)

[auge.or.at](http://auge.or.at)

[kiv.at](http://kiv.at)

[ugood.at](http://ugood.at)

[ug-vida.at](http://ug-vida.at)

[we4you-ug.at](http://we4you-ug.at)



**UG FORDERT ÖFFENTLICHE ENTSCHULDIGUNG DES TIROLER GÖD-VORSITZENDEN**

Presseaussendung der Unabhängigen GewerkschafterInnen in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst.

Gerhard Seier, GÖD- und FCG-Spitzenfunktionär der Tiroler Landesorganisation der GÖD, hat den parteiunabhängigen Betriebsratsvorsitzenden der MedUni Innsbruck, Martin Tiefenthaler, und die frauenpolitisch engagierte Wissenschaftlerin und Vizerektorin diffamiert und damit dem Ansehen von Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit Schaden zugefügt

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD weisen das medial geführte Mobbing gegen den im Interesse der KollegInnen initiativen Betriebsrat und GÖD-Gewerkschafter und gegen die Vize-Rektorin Univ. Prof. Dr. Margarethe Hochleitner zurück.

Die UG in der GÖD fordern von Kollegen Seier eine öffentliche Entschuldigung und seinen Rücktritt.

In einem dringlichen Schreiben an den GÖD-Vorsitzenden Kollegen Neugebauer und das Präsidium der überparteilich organisierten GÖD haben die Unabhängigen GewerkschafterInnen eine klärende Stellungnahme der GÖD für den gewählten Betriebsrat und gegen das ge-

werkschaftsschädigende Verhalten des Tiroler Landesvorsitzenden gefordert.

Freistellungen von BetriebsrätInnen und PersonalvertreterInnen und die fortgesetzte Gehaltsleistung durch den jeweiligen Arbeits- oder Dienstgeber sind kein Geheimnis, sondern gesetzlich geregeltes ArbeitnehmerInnen-Recht.

Fraktions- oder parteipolitisch motiviertes öffentliches Anschütten eines parteiunabhängigen Gewerkschafters und Betriebsrates hat in einer Gewerkschaft des überparteilichen ÖGB nichts verloren. Ein Landesvorsitzender, der offensichtlich im Alleingang und ohne Leitungsbeschluss Fraktions- beziehungsweise Parteipolitik betreibt, ist für diese verantwortungsvolle Gewerkschaftsfunktion ungeeignet.

Glück auf, trotz alledem!

*Reinhart Sellner, Vorsitzender der Unabhängigen GewerkschafterInnen in der GÖD/UG*